

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 107

Nov./Dez./Jan. 2021



INHALT

Wohnkosten bei Hartz IV	
Dramatische Lücke in Celle	3
Pilotversuch Spätverkehr	
Nichts für Nachteulen	5
Kommunales Querbeet	6
Blick auf die Kommunalwahlergebnisse	
Gefühlt haben fast alle verloren	7
Fußgänger:innen-Brücke und Schützenmuseum	
Griff in die Mottenkiste	8
Abfallwirtschaft: Mülltrennen fürs Klima	9
Rede zum Globalen Klimastreik am 24.09.	
Mit Radfahren allein ist es nicht getan	11
Meldungen	12
Laternengespräche: Neues aus der Personalbüro	14
Stephan Lessenich - „Todesursache: Flucht“	
Die tödliche Gleichgültigkeit	16
Krankenhäuser in Niedersachsen	
Investitionsstau so hoch wie nie	18
Jürgen Uebel auf der Demo in Eschede	
Lasst Euch nicht auseinanderdividieren!	19
Minigolf & Kneipenquiz	22
Rüstungsindustrie - Töten ohne zu erröten	23
Stellungnahme zu Afghanistan	
Ende einer imperialistischen Intervention	24
Im Wald und auf der Heide / Blick nach Links	26
medico-online-Vortragsreihe & Musik	28
Kino & Politik & Kultur - Termine	30



Liebe Lesende,

mit dem Rückzug von Oliver Müller aus dem Stadtrat geht uns ein wichtiger „Informeller Mitarbeiter“ verloren. Ihm wünschen wir jetzt nur das Beste & erst einmal eine Verschnaufpause. Wir arbeiten gerade an der Anwerbung neuer Informant:innen. Entsprechende Vorlaufakten sind angelegt.

Wir nähern uns dem „... Jahr 2022 ... die überleben wollen“ – so lautete der deutsche Titel des SF-Filmklassikers „Soylent Green“ (aus 1973). Eine Ökodystopie, die inspiriert ist von „Grenzen des Wachstums“. Ob bei uns im Lande die Ampel-Koalition in der Lage sein wird, den mit dem Wachstumszwang kapitalistischer Ökonomien einhergehenden Zerstörungsmodus auszubremsen, bezweifeln wir.

Wahrscheinlicher ist, dass "wir" in dem Modus weitermachen, den der kürzlich bei ARTE gezeigte Film HASS (aus 1995) in der Eingangssequenz zu verdeutlichen versuchte. Der Film beginnt mit folgenden Worten: „Dies ist die Geschichte von einem Mann, der aus dem 50. Stock von 'nem Hochhaus fällt. Während er fällt, wiederholt er, um sich zu beruhigen, immer wieder: ‚Bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut, bis hierher lief's noch ganz gut...‘. Aber wichtig ist nicht der Fall, sondern die Landung!“

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Wohnkostenlücke – dramatisch auch in Celle

In Deutschland wird jedem sechsten Haushalt in Hartz-IV-Bezug nur ein Teil der Wohnkosten erstattet. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Katja Kipping (Drucksache 19/31600), sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zeigt Handlungsbedarf insbesondere bei Haushalten mit Kindern.

Die regional ausdifferenzierten Daten über die sogenannte Wohnkostenlücke von Hartz-IV-Betroffenen sind brisant, weil sie einen Hinweis auf die regelmäßig systematische Unterschreitung des durch die Verfassung garantierten Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum geben.

Durchschnittlich haben Betroffene eine Wohnkostenlücke von 87 Euro. Besonders hart trifft es Familien mit Kindern sowie Alleinerziehende. Hier fehlen Haushalten mit Kindern jeden Monat 101 Euro bzw. 96 Euro bei Alleinerziehenden.

Katja Kipping: „In Deutschland ist ein Methodenwuchs bei der Bestimmung angemessener Wohnkosten durch die Kommunen entstanden. Seit Jahren drücken sich die Bundesregierungen um eine verfassungskonforme Lösung für die Wohnkosten von armen Menschen. Die Folge ist Verdrängung und bitterste Armut. Die Betroffenen müssen sich die Miete im wörtlichen Sinne vom Munde absparen.“

Die Bestimmung der Angemessenheitsgrenzen bei den Wohnkosten betrifft neben Hartz-IV-Beziehenden auch Grundsicherungs-Rentner:innen sowie erwerbsgeminderte Personen mit geringem Einkommen. Sie müssen bei zu geringen Angemessenheitsgrenzen umziehen oder, wenn dies nicht möglich ist, den Regelbedarf, der für Essen, Mobilität und soziale Teilhabe vorgesehen ist, für Wohnkosten zweckentfremden.

Die in der Antwort übermittelten Daten zeigen, dass diese Unterschreitung keine lokalen Einzelfälle sind, sondern es in fast allen Jobcentern eine hohe Zahl Betroffener gibt und die Wohnkostenlücken erheblich sind.

Zentrale Ergebnisse

Deutschlandweit sind durchschnittlich 17 Prozent der Haushalte im Hartz-IV-Bezug von einer nicht vollständigen Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung betroffen. Diese Wohnkostenlücke beträgt bei den Betroffenen im Durchschnitt 87 Euro. Die Differenz zwischen übernommenen und tatsächlichen Kosten macht durchschnittlich 15 Prozent der gesamten Kosten für Unterkunft und Heizung der Haushalte aus, in denen die Kosten nicht vollständig übernommen werden.

Vergleicht man unterschiedliche Haushalte, fällt auf: Besonders hart trifft es Familien mit Kindern und Alleinerziehende. Hier wird auch das Existenzminimum von Minderjährigen durch Wohnkostenlücken von 101 Euro (Familien mit Kindern) bzw. 94 Euro (Alleinerziehende)

regelmäßig unterschritten. Das führt zu einer Beschränkung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen.

Eklatant unzureichende Angemessenheitsgrenzen für die Kosten von Unterkunft und Heizung gibt es nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen. Die relative Zahl der Betroffenen unterscheidet sich je nach Bundesland erheblich. Die Verteilungsmaße zeigen jedoch deutlich, dass es sich um ein gravierendes und flächendeckendes Problem handelt, das begründete Zweifel an der Verfassungskonformität der geltenden Rechtslage und Rechtswirklichkeit weckt.

94,18 Euro pro Monat in Celle

In Celle sind es im Durchschnitt 94,18 Euro, die Bedarfsgemeinschaften dazulegen müssen, die nicht die vollen Wohnkosten erstattet bekommen. Bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern steigt diese Differenz auf 104,38 Euro. Betroffen ist keine kleine Minderheit, son-



dern 884 Haushalte. Das sind 14,3 Prozent. Bei den Alleinerziehenden sind es insgesamt 232 Haushalte – oder 19,3 Prozent der Alleinerziehendenhaushalte, die Hartz IV beziehen (genaue Zahlen in der Tabelle auf der nächsten Seite).

Und wo nehmen die Betroffenen das Geld her, um diese Wohnkostenlücke zu stopfen? Aus der Regelleistung. Und dann fehlt es selbstverständlich an allen Ecken und Enden.

Insgesamt beträgt die Lücke, die sich da übers Jahr auf tut, fast eine Million Euro. Geld, das letztlich der Landkreis Celle den Betroffenen vorenthält. Denn er ist im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung zuständig für die sogenannten Kosten der Unterkunft.

Der Streit um die Wohnkostenlücke ist nicht neu. Von Beginn des Hartz IV-Regimes werden Betroffene dazu gedrängt, ihre angeblich zu teuren Wohnungen aufzugeben und umzuziehen – oder eben zuzusehen, wo sie die

	alle	BG mit Kindern	Alleinerziehende
Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit lfd. anerkannten Kosten der Unterkunft (KdU)	6190	2331	1203
Differenz lfd. tatsächlicher und lfd. anerkannter KdU in Euro	999277	516665	279923
Zahl der BG mit einer Differenz lfd. tatsächlicher und lfd. anerkannter KdU	884	413	232
Anteil der BG mit einer Differenz	14,3	17,7	19,3
Differenz lfd. tatsächlicher und lfd. anerkannter KdU pro BG in Euro	13,45	18,47	19,4
Differenz lfd. tatsächlicher und lfd. anerkannter KdU pro BG mit einer Differenz in Euro	94,18	104,38	100,4
lfd. tatsächliche Kosten pro BG in Euro	481,16	610,86	554,68
lfd. tatsächliche KdU pro BG mit einer Differenz lfd. tatsächlicher und lfd. anerkannter KdU in Euro	588,79	676,35	629,56
Anteil der Differenz an Euro in %	16	15,4	15,9
lfd. anerkannte KdU pro BG in Euro	467,71	592,39	535,28

nicht erstatteten Kosten herbekommen.

Das Alles verläuft selbstverständlich in einem Rahmen, der Rechtskonformität herstellen soll. Da gibt es dann z.B. in Celle den sogenannten Mietwertspiegel, an dem sich alles orientiert. Wir haben darüber berichtet.

Hier vielleicht mal ein neuer Denkanstoß an die Kommunalpolitik:

Es gibt eine Realität, die von den Menschen nicht nur „gefühl“ wird. Und die ist auch in Celler Landen: Die Mieten gehen nach oben. Aber was spiegelt die sogenannte Mietwerttabelle, die zum Jahresbeginn in Kraft getreten ist? Nehmen wir als Beispiel die Stadt Celle: Für alle Wohnungsgrößenordnungen bis auf Wohnungen zwischen 60 und 75 qm sind alle anderen Mieten wie durch ein Wunder gegenüber 2017 gesunken. Auch so entstehen Wohnkostenlücken.

Und Wohnkostenlücken entstehen auch, wenn Leute in eine teurere Wohnung umziehen (sogar im Rahmen der Mietobergrenzen), aber dafür keine Zusicherung vom Jobcenter bekommen haben.

Was tun?

Eigentlich wäre es ziemlich einfach. Wenn der Kreistag einsehen würde, dass die Mietwerttabelle, die der Landkreis zur Grundlage seiner Erstattung nimmt, ein schlechter Witz ist – bzw. ums beim Namen zu nennen: ein Gefälligkeitsgutachten für eine Kreisverwaltung, die offensichtlich Gefallen daran findet, die Ärmsten und ihre Kinder zu drangsaliieren oder anders: sich daran zu bereichern (denn das „eingesparte Geld“ kann der Kreis anders verwenden). Wenn er das anerkennen würde, könnte er schlicht und einfach in Kraft setzen, was Sozialgerichte machen – nämlich die Wohngeldtabelle plus 10 Prozent anwenden. Was würde das beispielsweise für die Stadt Celle bedeuten? Für Ein-Personen-Haushalte eine Mietobergrenze von 468 statt 392 Euro, für Zwei-Personen-Haushalte anstatt 423 dann 567 Euro, für Drei-Personen-Haushalte statt 516 dann 675 Euro – und so weiter. Damit wäre die Wohnkostenlücke wahrscheinlich für 95 Prozent der Betroffenen geschlossen.

Die Kreisverwaltung wird darauf verweisen, dass sie bis zum Jahresbeginn 2023 sowieso verpflichtet sei, einen sogenannten qualifizierten Mietspiegel erstellen zu lassen. Und bis dahin wird den Betroffenen weiter eine Million vorenthalten?

Sollte es zu einer Ampel-„Koalition“ im Kreistag kommen, muss sie das rückwirkend ändern.

Niedersachsen will seinen Zuschuss für die Mietkosten von Hartz-IV-Empfänger:innen an die Kommunen streichen

Weil der Bund seine Beteiligung an den kommunalen Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung ab dem Jahr 2020 dauerhaft um 25 Prozent erhöht habe, sollen in drei Etappen die Landeszuschüsse an die Kommunen ganz entfallen. Von den niedersächsischen Kommunen würden aufgrund der gestiegenen Bundesbeteiligung mittlerweile weniger als die Hälfte der Ausgaben getragen.

Es geht um 142 Millionen Euro Landesgeld pro Jahr, das den Kommunen stufenweise gestrichen wird. „Das schmerzt uns sehr“, sagt Hubert Meyer, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages: „*Es geht hier ja nicht um eine Einsparung, die temporär nötig wird, etwa durch eine Notlage wie Corona, sondern um eine strukturelle Entscheidung. Und es trifft überproportional Kommunen, die ohnehin schon hohe Soziallasten zu tragen haben.*“

Auf die Leistung besteht selbstverständlich ein gesetzlicher Anspruch. Aber etliche Kommunen müssten, um dieses Geld aufzubringen, anderweitig streichen.

Heidi Reichinnek, Vorsitzende der LINKEN Niedersachsen, ist entsetzt: „*Dass die GroKo die Landeszuschüsse für die Kosten der Unterkunft (KdU) von Hartz-IV-Behringenden streicht, ist ein Skandal! Wie stellt die Landesregierung sich das eigentlich vor? Die kaputt gesparten Kommunen übernehmen die Kosten dann mal eben, während sie riesige Schuldenberge vor sich herschieben und wieder dem Diktat der ‚schwarzen Null‘ unterworfen sind? Die Realität wird eine andere sein: die Kommunen geben die Kosten weiter, indem sie Zuschüsse noch restriktiver vergeben, oder sie sparen an anderer Stelle. Weitere Einsparungen werden dann vor allem die – jetzt schon zu geringen – freiwilligen sozialen Leistungen betreffen, denn nur hier haben die Kommunen überhaupt noch Spielräume. Schon jetzt muss jeder fünfte Haushalt im Hartz IV-Bezug bei der Unterkunft draufzahlen – und das von einem Satz, der weit unter dem Existenzminimum liegt. Das ist für die Betroffenen eine Katastrophe. Betrachtet man zusätzlich die bis in den Himmel steigenden Mietkosten muss man fragen, wie die Menschen überhaupt noch über die Runden kommen sollen. Das Vorgehen der niedersächsischen GroKo zeigt einmal mehr deutlich, dass soziale Gerechtigkeit für CDU und SPD nichts ist, als eine hohle Phrase.*“

Pilotversuch Spätverkehr im ÖPNV

Zum 1. Dezember startet CeBus einen einjährigen Pilotversuch für die Einrichtung eines Spätverkehrs im Landkreis Celle. Befahren werden sollen die Linien:

- 600 (Schlossplatz – Westercelle – Wathlingen) und
- 800 (Schlossplatz – Neustadt – Hambühren).

Geplant sind drei Hin- und Rückfahrten der Linie 600:

Abfahrt			Ankunft
20:20	Schlossplatz	Wathlingen	20:48
20:48	Wathlingen	Schlossplatz	21:12
21:20	Schlossplatz	Wathlingen	21:48
21:48	Wathlingen	Schlossplatz	22:12
22:20	Schlossplatz	Wathlingen	22:48
22:48	Wathlingen	Schlossplatz	23:12

Für Hambühren sind zwei Hin- und Rückfahrten der Linie 800 geplant:

Abfahrt			Ankunft
21:05	Schlossplatz	Hambühren	21:24
21:24	Hambühren	Schlossplatz	21:47
22:05	Schlossplatz	Hambühren	22:24
22:45	Hambühren	Schlossplatz	23:06

So gut das Ganze gemeint ist, richtig durchdacht ist es nicht. Ja, einige Beschäftigte im innerstädtischen Handel könnten künftig nach Feierabend mit dem Bus zurück nach Wathlingen oder Hambühren. Und auch für Besucher:innen des Weihnachtsmarkts kann der Spätverkehr eine Alternative zum PKW sein. Aber wie sieht es mit Kulturinteressierten aus? Den neuen James Bond, der im Oktober in den Kammer-Lichtspielen lief, könnten Menschen aus Hambühren schon nicht bis zum Ende anschauen – und wollten sie nach Wathlingen, müssten sie wahrscheinlich auch mindestens auf den Abspann verzichten, um gerade noch rechtzeitig zur Bushaltestelle am Schlossplatz zu kommen. Auch einige Theatervorstellungen dürften mit dem Fahrplan nicht kompatibel sein.

Viel schlimmer aber – warum lässt sich nicht wenigstens am Freitag und Samstag noch eine oder zwei weitere Schleifen anhängen? Gastronomie und/oder Jugendliche wurden zu diesen Plänen wohl eher nicht gehört. Aber vielleicht liegt manchen auch gar nicht so viel daran, dass es klappt.

Und das liegt nicht nur daran, dass kaum jemand aus der Spitze der Kreisverwaltung oder dem Kreistag den ÖPNV nutzen dürfte. Nein, vor allem liegt es wohl an den Kosten. Insgesamt wird der Pilotversuch in Höhe von 126.500 Euro durch den Kreis subventioniert, davon ca. 68.000 für die Angebotserweiterung der Linie 600 und ca. 58.500 Euro für die Linie 800.

Ein Vorteil ist, dass auf den Linien im Stadtgebiet wenigstens auch der Bahnhof und die Neustadt bzw. Westercelle eingebunden sind. Denn das eigentlich ja sinnvolle „Anruf-Sammel-Taxi“ (AST) führt weiterhin in Celle ein Schattendasein.

Leider interessiert sich auch niemand dafür, warum der AST so schwach genutzt wird. Ein Faktor sind mit Sicherheit die Kosten: 3,60 – 5,10 Euro sind nicht unbedingt ein Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Drei Personen kämen so mit Hinfahrt (Einzelfahrtschein 2,30 Euro) und Rückfahrt mit dem AST 17,70 Euro zusammen.

Dazu kommt – es wird kaum Werbung gemacht.

Für DIE LINKE hat Behiye Uca eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, in der sie mal Zahlen zum AST öffentlich gemacht sehen will: Wie oft und wann wird das Anruf-Sammel-Taxi überhaupt genutzt?



3-6-5-Ticket seit 01.09.

Zum 1. September 2021 wurde das Netzticket 3-6-5 eingeführt. Es ist ein Angebot für Schüler:innen, Auszubildende, Absolvent:innen der Bundesfreiwilligendienste (FSJ, FÖJ, BFD, FDAG) sowie Studierende. Es gilt uneingeschränkt für alle Fahrten und Linien im gesamten Netz von CeBus, auch während der Ferien, an den Wochenenden und an Feiertagen. Das Ticket gilt für ein Jahr und kostet von 360 Euro. Der Landkreis trägt den prognostizierten Einnahmeausfall von etwa 392.000 Euro im Jahr. Im Rahmen dieser Maßnahme erhalten alle durch den Landkreis Celle ausgegebenen Schülerjahreskarten ebenfalls ein Upgrade zu einem Netzticket 3-6-5. Dies muss mit knapp 70.000 Euro durch den Kreis subventioniert werden. - Aber: Ab 2022 will das Land Niedersachsen die kommunalen Träger des ÖPNV genau hierfür mit 25 Millionen und ab 2023 mit 30 Millionen Euro jährlich unterstützen.



Nordwall - Bebauung

Da zeigten sich doch viele Ratsmitglieder überrascht, als die allerland Immobilien GmbH (formerly known as WBG) ihre Pläne für die Bebauung des Nordwall vorstellte. Vor einem Jahr waren die Bauflächen für 1,39 Mio. Euro an die städtische Tochter verkauft worden. Wohl auch – so unsere Vermutung –, weil sich private Investor:innen nicht gerade auf die Füße traten. Offizielle Begründung war, dass die Verwaltung so „größtmöglichen Einfluss auf die Bebauung/Nutzung nehmen“ könne. In der Beschlussvorlage hieß es seinerzeit:

„Die WBG wird für das Baufenster West (Baufläche A+B) drei Architekturentwürfe einreichen. Für das Baufenster Ost (Baufläche C) werden drei Büros städtebaulich/architektonische Entwürfe abgeben. Hier wird vorrangig Büronutzung und (geförderter) Wohnungsbau gesehen. Weitere Nutzungen können durch die WBG eruiert werden.“

Der Stadtrat bekam im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen Mitte Oktober nur einen Entwurf zu sehen – aber die anderen sollen sich nicht wirklich unterscheiden.



Vorgesehen ist jetzt an der Ecke zum Neumarkt eine Hotel mit 98 Zimmern, betrieben von der Kette B&B-Hotels. Im Erdgeschoss soll's Gastronomie geben. In den drei Blöcken im Anschluss ist sozialer Wohnungsbau mit insgesamt 18 Wohneinheiten konzipiert - und im östlichen Teil sind 55 frei finanzierte Wohneinheiten mit insgesamt 4219 Quadratmetern geplant.

B&B-Hotels ist eine expandierende Kette mit mehr als 500 Hotels in 12 Ländern, davon 135 in Deutschland. Preislich liegt's im unteren Segment und könnte in Celle zur Verdrängung vor allem von kleineren Hotels und Pensionen führen.

Bei der Bauästhetik gab's im Ausschuss Stirnrunzeln wohl vor allem hinsichtlich des Hotelbaus. Zum Rest – siehe oben – gab's als Bildunterschrift von allerland den Hinweis: *„Die Wohnbebauung im Osten des Nordwalls soll die Strukturiertheit der alten Bebauung widerspiegeln.“* Hätte es dann nicht aus eine Sanierung getan, fragen wir uns beim Blick auf den alten Nordwall (rechts).

Nichts Neues beim Kollerschen Wald

Ende Juni hatte die Ratsfraktion von B'90/Die Grünen eine Anfrage zum Kollerschen Wald gestellt. Hintergrund: Per Ratsbeschluss waren Ende September 2019 die Planungen für den Bebauungsplan 155 „Kollerscher Wald“ zwischen Zugbrückenstraße und Klein Hehlener Bach gestoppt worden. In einer zweijährigen Phase sollte eine neue Begutachtung des Grundstücks für mögliche künftige Nutzungen erfolgen. Doch viel Neues ergab die Antwort der Verwaltung nicht. Das Gutachten zur Beurteilung der Schutzwürdigkeit des Gebietes wird erst Ende des Jahres vorliegen.

Im Weiteren hatten die Grünen gefragt, was die Verwaltung von der Idee halte, an den unmittelbar an den Kollerschen Wald angrenzenden Kindergarten ein oder zwei Waldkindergartengruppen anzukoppeln? Die Antwort:

„Die Möglichkeit, das Gebiet für eine Kita-Erweiterung zu nutzen, ist bereits 2019 vom Fachdienst Kindertagesbetreuung gemeinsam mit FD Stadtplanung geprüft und aus nachfolgenden Gründen verworfen worden:

- *die Wiese gegenüber der Kita ist Überschwemmungsgebiet*
- *das Gelände ist baurechtlich Außenbereich, durch die Initiative aus dem Rat ist die Erstellung eines Bebauungsplans gestoppt worden*
- *vor Nutzung des Geländes sei lt. Gutachter eine Begehung durch einen Kampfmittelräumdienst erforderlich. Darüber hinaus gestalteten sich Waldgruppen an der Stelle äußerst schwierig:*

[...] Zum anderen soll eine Kita nicht mehr als fünf gleichzeitig anwesende Gruppen haben. Die Kita in Klein Hehlen verfügt bereits über fünf Gruppen. Mit einer Ausnahme für 2 Gruppen, die räumlich nicht an das Kitagebäude angeschlossen sind, kann aus jüngster Erfahrung nicht gerechnet werden.“



Irgendwie haben fast alle verloren

Die größte Freude bei der Bundestagswahl hätte uns gemacht, den MdB Henning Otte (CDU) in den vorgezogenen Ruhestand zu schicken. Obwohl: Die Rüstungsindustrie hätte schon einen gut dotierten Aufsichtsratsposten für ihn gefunden. Aber es ging knapp zu: Gerade einmal 869 Stimmen fehlten Dirk-Ulrich Mende (SPD) zum Erringen des Direktmandats im Wahlkreis Uelzen/Celle.

Aber Otte hat einen fetten Dämpfer bekommen. Gerade mal 32,9 % wollten ihn wieder im Bundestag sehen. (In Celle, Hambühren, Wietze und Wathlingen – und auch in der Stadt Uelzen lag Mende vor Otte.)

Bei den Zweitstimmen lag im Landkreis Celle die SPD vorn. Was sie im Vergleich zum Bundeswahlergebnis mehr hat, geht auf Kosten von Grünen und Linken.

	Stimmen	in %	zu 2017
SPD	29915	29,40 %	5,2
CDU	27008	26,60 %	-10,4
Grüne	14079	13,90 %	6,6
FDP	12402	12,20 %	1,4
AfD	9691	9,50 %	-2,2
LINKE	2969	2,90 %	-2,5

Keine Mehrheit für Flader im Kreistag

Im Kreistag hat das Bündnis aus CDU/FDP/WG seine Mehrheit verloren. Hatte diese Gruppe bisher 30 der zu vergebenden 59 Sitze, so sind es dieses Mal nur noch 29 Sitze (inklusive Landrat). Schwierig wird's zudem, weil sich künftig weder die beiden WG-Abgeordneten noch die der FDP – wie wir hören - automatisch einem „konservativen Block“ zurechnen lassen. Es gibt also sogar das Potenzial für eine Ampel. Deshalb hat der neue Landrat Axel Flader wohl keine „automatische“ Mehrheit für seine Pläne, welche immer das auch wären.

Im Einzelnen ist hervorzuheben:

„Verlierer“ waren CDU (-3,3 Prozentpunkte), SPD (-2,8), AfD (-3,4), sie haben alle jeweils zwei Sitze weniger. Auch die WG hat kleine Einbußen (-0,9), die auch einen Sitz gekostet haben.

Gewinnerinnen sind B'90/Die Grünen (+ 4,4 %-Punkte) und die FDP (+ 2,3 %). Minimale Gewinne hatten Die Linke (+ 0,3 %-Punkte) und die Unabhängigen (+ 0,2), was aber zu keinem weiteren Sitz führte. Interessant: Die „Basis“, also die Partei der „Querdenker:innen“, konnte mit einem Prozent einen Sitz gewinnen.

Kurz noch was zu den neuen Kreistagsmitgliedern: Bei B'90/Die Grünen hat Johanna Thomsen im WB Celle-Ost von Listenplatz 4 aus die meisten Stimmen geholt, Annegret Pfützner ist weiter vertreten. Bei der SPD ist neu Dirk-Ulrich Mende, der ehemalige Oberbürgermeis-

ter, in der Fraktion. Und bei der Linken löst Reinhard Rohde als Einzelabgeordneter Behiye Uca ab.

Stand vor Redaktionsschluss ist übrigens, dass B'90/Die Grünen zusammen mit den Einzelabgeordneten der Linken und der Partei Die Partei eine sogenannte Gruppe bilden werden, d.h. politisch zusammenarbeiten wollen.

Stadtrat – jetzt fifty-fifty

Auch im Stadtrat haben gegenüber 2016 CDU (-4,5 Prozentpunkte), SPD (- 4,5) Und AfD (-2,0) verloren. Sieger auch hier B'90/Die Grünen mit plus 6,8 Prozentpunkten. Aber auch die FDP gewinnt 1,4 Prozentpunkte.

Die Linke hat einen Zuwachs von 0,9 Prozentpunkten und damit immerhin einiges von dem auf ihre Seite gebracht, was 2016 das Bündnis Soziale Gerechtigkeit erzielt hatte (nämlich 1,3 %). Im Unterschied zur Tendenz im ganzen Land Niedersachsen hatte Die Linke damit ein Plus, nur reichten die insgesamt 3,1 % nicht für einen zweiten Sitz.

Auch die Sitzverteilung bringt - unterm Strich - keine wirkliche Bewegung:

Von den 42 Sitzen entfallen auf die CDU 13 (-2), SPD 10 (-2), FDP 3 (+1), B'90/Grüne 6 (+3), AfD 3 (-1), Unabhängige 3 (+1) - Linke, WG und Die Partei haben ihren einen Sitz behalten, Zukunft Celle hat als neue Kraft einen Sitz gewonnen, das BSG ist nicht angetreten (also -1).



Sortieren wir nach einem „normalen“ Links-Rechts-Verhältnis (ohne Einschluss der AfD) steht es eigentlich 19 zu 20, aber da der Oberbürgermeister auch einen Sitz im Rat hat 20:20. Da die AfD nicht "Zünglein" an der Waage sein darf, geht es auch in Zukunft um Kompromisse. Da „gefühl“ die SPD-Ratsfraktion inhaltlich eine größere Nähe zur CDU hat als zum eher „linken“ Block geht unsere Prognose hin zur Weiterführung der „stillen Hochzeit“ zwischen CDU und SPD. Wir lassen uns aber gern überraschen.

Tiefer Griff in die Mottenkiste

Seit langem steckt die kommunale Selbstverwaltung in einer Falle namens Projektförderung. Bund und Land sorgen nicht einfach für eine ausreichende Finanzierung, sondern schütten Gelder für Projekte aus. Und da muss in der Regel noch ein finanzieller Eigenanteil der Kommunen her. Zu was das führt, zeigt sich gerade wieder bei der Städtebauförderung.

Die städtebauliche Entwicklung der Allerinsel beschäftigt das Rathaus schon länger als ein Jahrzehnt. Etliche Projekte, z.B. ein Wärmenetzwerk auf Basis von Tiefengeothermie, sind zwischenzeitlich geplatzt. Im Zusammenhang mit Fördermitteln zur Städtebauförderung gab es im Rathaus jetzt einen tiefen Griff in die Mottenkiste. Wiederbelebt wurde die Idee einer Fußgänger:innen- und Fahrradbrücke an der Rathsmühle. Und auch das Schützenmuseum soll seinen Platz künftig auf der Allerinsel finden.



Die Brücke war schon im Ursprungskonzept vorgesehen, dann aber aufgrund fachlicher Mängel bei der Mittelbeantragung aus der Förderung gefallen. Jetzt also nochmal. In einer Ratsvorlage wird das Projekt so beschrieben und begründet:

„Da eine Verbreiterung der vorhandenen östlichen Erschließung technisch nicht möglich ist, soll im Bereich Rathsmühle und Speichergebäude eine neue Fußgänger- und Radfahrerbrücke entstehen. Die Maßnahme geht mit einer Verbesserung der östlichen Erschließungsmöglichkeit der Allerinsel für Radfahrer und Fußgänger, der Vermeidung gefährlicher Situationen sowie dem Ausbau klimafreundlicher Mobilitätsformen einher. Wie bereits erläutert kommt insbesondere der Förderung des Fuß- und Radverkehrs eine enorme Bedeutung im Zusammenhang mit der städtischen Klimabilanz und Erreichung der nationalen Klimaschutzziele zu.“

Nehmen wir eine andere Perspektive ein, geht es wohl eher darum, den Fuß- und Radverkehr von der bestehenden Brücke zu verbannen. Das mit Klimaschutz zu be-

gründen, ist ziemlich dreist – aber die Stadt kommt damit durch. In der Rahmenplanung aus dem Jahr 2010 war übrigens nur von einer „Fußgängerbrücke“ die Rede.

Wer sich die Situation an der Rathsmühle anschaut, stellt fest, dass die Brücke auf einen Engpass aufläuft (s. Foto). Da heißt es dann wohl: Radfahrer absteigen!

Dass die Fußgänger:innen mit dieser Brücke übrigens direkt in den Kreisel geleitet werden, wird mit einiger Sicherheit dazu führen, dass sie hier dann auch die Mühlenstraße queren – und so den motorisierten Verkehr entschleunigen. Das Ganze kostet (wohl über den Daumen berechnet) eine Million Euro.

Als regelrecht irre mutet ein weiteres Projekt an, nämlich die Erstellung eines 590.000 Euro teuren Neubaus für das Schützenmuseum – hier die Begründung:

„Am aktuellen Standort des Schützenmuseums (Altenzellertorstraße 1) besteht ein umfassender Sanierungsbedarf. Als Alternativstandort ist geplant an der Theo-Wilkens-Halle (Schützenhalle) auf der Allerinsel (Hafenstraße 6) einen Anbau für die Unterbringung des Museums zu errichten und den alten Standort aufzugeben. Der Neubau umfasst einen Ausstellungsraum zur Aufnahme einer geschichtlichen Ausstellung der fünf Altstädter Schützengilden von 1579 e.V.. Neben der Ausstellung der Schützengemälde, soll der Neubau für kleinere Veranstaltungen genutzt werden können. Die Gemälde werden auf beweglichen Wänden präsentiert und die Raumgröße ist somit variabel und für Veranstaltungen nutzbar. Des Weiteren werden in den Neubau barrierefreie Sanitärräumlichkeiten und die bis dato fehlende Behindertentoilette untergebracht. Eine zentrale Vereinigung der Schützenhalle mit der Schützenausstellung wird die Anziehungskraft der Einrichtung auf der Allerinsel verstärken.“

Haben wir nicht ein heimatkundliches Museum mit fachlich geschultem Personal? Ließe sich nicht viel sinnvoller hier eine kleine Abteilung zum Schützenwesen einrichten? Und ist nicht der beste Platz für die allermeisten Exponate, die im wesentlichen aus künstlerisch fragwürdigen Ölbildern der Hauptkönige bestehen, ein Magazin? Gibt es nicht auf dem Gelände schon das „Haus der Vereine“ – barrierefrei und mit Behindertentoilette? Und haben wir nicht mit dem sogenannten Garnisonmuseum einen „Anziehungspunkt“, für den sich – wer’s angeschaut hat – eigentlich nur fremdschämen kann?

Ein Drittel der Kosten muss die Stadt übrigens selbst finanzieren. Für 200.000 soll’s als „Kunst im öffentlichen Raum“ dann auch noch „attraktive Beleuchtung“ geben. Die Skulptur „Der Strom“ die einige Jahre am Hafen stand, hätte die Stadt für 30.000 Euro bekommen – jetzt ist sie weg. (siehe revista 103, S. 34)

Realität blamiert Wunschdenken

Für die Sammlung und den Umschlag sogenannter kommunaler Abfälle ist in Stadt und Landkreis der Zweckverband Abfallwirtschaft Celle (ZAC) zuständig. In der Verbandsversammlung, einem Gremium aus Vertreter:innen von Kreistag, Stadt- und Gemeinderäten, wurde Ende September eine „Potenzialstudie zur klimafreundlichen Abfallentsorgung“ vorgestellt. Erstellt wurde das Gutachten vom INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH.

Abfallwirtschaft deutschlandweit auf gutem Weg?

Zunächst die anscheinend gute Botschaft: Die deutsche Abfallwirtschaft hat ihre Treibhausgas-Emissionen (THG) in den letzten 30 Jahren um 78 % senken können, von 38 auf 9,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Sie trägt damit „nur“ zu etwa 1 Prozent zu den Gesamtemissionen in Deutschland bei. Was die Emission von Methan betrifft mag die Reduzierung stimmen, denn das Verbot der Deponierung organisch abbaubarer Siedlungsabfälle ab 2005 verminderte tatsächlich das Methan. Doch die schlechte Botschaft, die die INFA lieber verschweigt: Allein von 2006 bis 2020 ist die Müllmenge in Deutschland um 22 % gestiegen und die aus der Müllverbrennung stammende CO₂-Emission um 160 %.

Nur auf den ersten Blick eine gute Energiebilanz für den Celler Abfall ...

Zu Celle meint die INFA, die ZAC stehe gut da, es gebe nur in Teilbereichen noch Optimierungsmöglichkeiten. Zu diesem Ergebnis kommt die INFA jedoch nur, weil sie eine energetische Input-Output-Berechnung der besonderen Art macht.

So lag der Strom-Input (Stromverbrauch) der ZAC in 2018 bei 1.018 MWh, wobei 40 % auf die von Celle genutzten Müllverbrennungsanlagen (MVA) Hannover und Helmstedt entfielen. (Diese EEW Betriebe preisen sich übrigens als „Baustein der Energiewende“ an, siehe weiter unten). Weitere 29 % des Stromverbrauchs entfallen auf die Biogutkompostierung. Der Verbrauch an fossiler Energie bzw. Brennstoffen lag bei 5.482 MWh. Davon entfallen 52 % auf Sammlung und Transport durch die Fahrzeuge und 24 % auf die Grüngutkompostierung (Belüftung und Entlüftung von Kompost und Hallen, die Zerkleinerung der Bioabfälle, das Umsetzen der Mieten sowie der innerbetriebliche Materialtransport).

Doch da große Teile des Mülls verbrannt werden, gibt es auch Energieoutput: 31.450 MWh/a beim Strom und 10.415 MWh/a Wärme, vor allem durch die Verbrennung von Altholz (80 %). Das entspricht der Versorgung von ca. 7.570 Haushalten mit Strom und etwa 520 Haushalte mit Wärme. Also fast ca. 7-mal mehr Energiege-

winn als Energieverbrauch bei der Abfallwirtschaft Celle.

... denn die Rechnung wurde ohne CO₂ gemacht

Ja, wenn man jetzt noch wie die INFA sehr fiktiv umrechnet, dass man für die Erzeugung von ca. 42.000 MWh statt Müll, 99.000 MWh Primärenergieträger wie Erdöl, Kohle oder Erdgas hätte verbrennen müssen. Und wenn man dann noch die fiktive Primärenergieeinsparung von rund 67.000 MWh/a durch Recycling (Metall, Papier) und die Sekundärrohstoffgewinnung (wie Kompost) dazurechnet. Ja, dann hat die Verbrennung und Verwertung von Celler Müll fast 123.500 MWh/a fossile Energieträger eingespart. Was geradezu suggeriert, umso mehr Müll wir erzeugen und verbrennen, umso besser ist es für das Klima, da wir ja fossile Brennstoffe einsparen. Doch bei dieser Berechnung der INFA fehlt, dass mit der Erzeugung von 42.000 MWh/a Strom und Wärme aus dem Celler Müll ca. 14.000 t CO₂ pro Jahr freigesetzt werden. Jedes Kilogramm mehr Müll, also auch mehr CO₂ freisetzt. Dass die INFA diese CO₂-Emissionen der Celler Abfallwirtschaft in ihrer Studie einfach unter den Tisch fallen lässt, ist kein Zufall. Die in chinesischem Besitz befindliche ehemalige EON-Tochter EEW Energy





from Waste, die in Helmstedt auch den Celler Restmüll verbrennt, erklärt: „Durch die energetische Verwertung (Verbrennung im Heizkraftwerk mit Strom und Fernwärmegewinnung) der in den EEW-Anlagen eingesetzten Abfälle werden natürliche Ressourcen geschont ... und die CO₂-Bilanz entlastet.“ Aber diese Entlastung ist eine dreiste Lüge, ob nun eine Tonne CO₂ aus der Verbrennung von Erdgas oder Kohle entsteht oder aus der Verbrennung von Müll macht für den Klimawandel keinen Unterschied. Doch dieses Greenwashing hat höchsten Segen: Schon der Europäische CO₂-Emissionszertifikatshandel (EU ET) erklärte bereits 2004 Müll zum „CO₂-freien“ Brennstoff und auch die aktuelle CO₂-Bepreisung in Deutschland behandelt die Müllverbrennung nach wie vor als klimaneutral.

Bisheriges Müll-Recycling nur bedingt nachhaltig und klimafreundlich

Getrennt gesammeltes Papier, Pappe, Glas und auch das Metall aus dem „Gelben Sack /bzw. der Gelben Tonne“ werden soweit sie von den Bürger:innen ordentlich abgeliefert bzw. sortiert werden, zu einem hohen Prozentsatz recycelt. Bei Papier und Pappe, die durch optimale Kombination der verschiedenen alten Faserfraktionen – bis zu 7-mal recycelt werden könnten, erfolgt das im



Schnitt allerdings nur zwei- bis dreimal, einfach weil die als frischer Rohstoff importierte Cellulose immer noch zu billig ist. Glas wird, wenn es entsprechend gesammelt wurde, zu nahezu 100%* recycelt (* abzüglich Glas im Restmüll ca. 84 %), da es der Glasindustrie hilft enorme Energiemengen einzusparen. Geradezu kriminell wird es beim Verpackungsabfall aus Kunststoff.

Nur beim Recycling sortenrein gesammelter, sauberer PET-Flaschen kann man von einer Energie- und Ressourcenersparung im Vergleich zu frischem PET ausge-

hen. Doch die Masse des Kunststoffabfalls ist verschmutzt und besteht aus Sortengemischen, Kunststoff-Co-Polymerisaten, Kunststoff-Pappe- und Kunststoff-Metall-Verbundmaterialien. Hier wäre also der technische Aufwand, der Energiewand und der Ressourcenverbrauch (z.B. Wasser) für ein Recycling sehr hoch, so dass – abgesehen von der Wirtschaftlichkeit – ein Verbrennen (samt CO₂-Freisetzung) oft einen geringeren Umwelt- und Klimaschaden anrichtet als die „stoffliche Verwertung“. Doch dummerweise sind die deutschen Müllverbrennungsanlagen gar nicht für das Verbrennen von größeren Mengen hochenergetischer Kunststoffabfälle geeignet. Stattdessen sind sie auf den möglichst schnellen Durchsatz mittlereenergetischer Müllmengen optimiert, denn damit machen sie das beste Geschäft. Folge: Trotz inzwischen verschärfter gesetzlicher Bestimmungen, die den Export von Kunststoffmüll verhindern sollen, landen immer noch große Mengen (statt 1,5 Mio. t nun „nur“ noch ca. 1 Mio. t) an Kunststoffmüll als Wertstoff „getarnt“ in Drittländern wie Malaysia. Und auch eine EU-Steuer (80 Cent/t) auf nicht recycelte Kunststoffabfälle wird offensichtlich aus der Portokasse bezahlt.

Wirklich nachhaltig und „klimafreundlich“ ist nur Müllvermeidung

Unverpackt einkaufen ist prinzipiell gut, aber u.a. aus Handling-, Sicherheits-, und Hygieneproblemen in großem Maßstab nur bedingt umsetzbar. Was Verkaufsverpackungen betrifft, könnte jedoch ein gesetzlich vorgeschriebenes Mehrwegsystem in großem Maßstab Energie, Rohstoffe und THG einsparen. Herkömmliches Behälterglas z.B. würde bis zu 40 und etwas verbessertes Glas bis 80 Umläufe erlauben. Durch gesetzliche Vorschriften könnten bei Verkaufsverpackungen min. 70 % des Kunststoffes und im Bereich Transportverpackung sogar über 90 % Kunststoff eingespart werden. Was bei 350 Mrd. Euro Jahresumsatz der Verpackungsindustrie und über Mrd. Umsatz bei den Unternehmen des Grünen Punkts politisch schwer durchzusetzen ist. Aber ungebremstes Wachstum bedeutet nun mal mehr Müll und mehr Treibhausgas. Und auch eine Kreislaufwirtschaft, die auf Wachstum statt Suffizienz basiert, wird immer weiter Ressourcen verbrauchen und THG produzieren.

Die ZAC sollte sich für kein Greenwashing hergeben

Natürlich ist es sinnvoll aus nicht vermeidbaren Abfällen oder Stoffen, die am Ende einer Verwertungskaskade stehen, Strom- und Wärme bzw. Kompost zu gewinnen. So gesehen tut die ZAC im Rahmen der ihr vorgegeben gesetzlichen Rahmenbedingungen ihr Bestes. Und auch was die von INFA vorgeschlagenen Verbesserungen bzgl. THG-Einsparung bei Fuhrpark und Kompostierung betrifft, wird die ZAC sicher aktiv werden. Taucht die Frage auf: Hat die ZAC eine solch schönfärberische Studie eigentlich nötig? Sollte sie stattdessen nicht die Bürger:innen verstärkt auf die Notwendigkeit der Müllvermeidung hinweisen?

Mit ein bisschen Radfahren ist es nicht getan

Climate Watch Celle beobachtet seit 1,5 Jahren die Aktivitäten von Politik und Verwaltung zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Stadt und Landkreis Celle. Zu jedem Thema wie z. B. Fahrradstadt-Celle, Baumschutzsatzung, Feldberegnung, ÖPNV oder aktuelle Wärmewende stellen wir ein Experten-Team zusammen. Wir kritisieren Fehlentwicklungen und Versäumnisse, weisen aber auch auf positive Beispiele hin und machen konstruktive Vorschläge.

Meine Vorredner:innen haben ja bereits darauf hingewiesen, dass der Klimawandel ein globales Problem ist, dessen Auswirkungen vor allem die Menschen weltweit zu tragen haben, die ihn gar nicht verursacht haben. Doch Klimagerechtigkeit bedeutet nicht nur, dass hierzulande viele Menschen Abstriche bei ihrem Konsumverhalten machen müssen.

Wir werden auch unsere Wachstumsideologie auf den Misthaufen der Geschichte werfen müssen. Das darf allerdings nicht auf Kosten der Armen hierzulande gehen!

Doch mein heutiges Thema ist, was wir hier in Celle gegen die Klimakatastrophe tun können. Und ich werde wahrscheinlich einige enttäuschen, wenn ich darauf hinweise, dass es mit ein bisschen Radfahren und weniger Fleischessen nicht getan ist. Was wir dringend brauchen, sind die sofort und im Großen wirksamen Maßnahmen!

Zum Beispiel müssen im Bereich Verkehr für CO₂-Null in Deutschland im Vergleich zu heute 80% der Energie eingespart werden. Bei persönlicher Mobilität entfallen davon ca. 50% des Einsparungspotenzials auf die Kommunen. Hier könnte z. B. die Stadt Celle sofort aktiv werden. Niemand hindert die Stadt daran, z. B. innerhalb von vier Jahren die Altstadt Autofrei zu machen und die Innenstadt verkehrsberuhigt zu gestalten. D. h. nicht nur Stärkung von Fuß- und Fahrradverkehr, parallel muss auch der ÖPNV ausgebaut und ein Personen-Shuttle-System sowie ein Waren-Liefersystem eingerichtet werden. So dass Mobilität für Alle auch ohne Pkw gewährleistet ist.

Zum Beispiel müssen im Bereich Gebäudewärme und Klimatisierung für CO₂-Null in Deutschland im Vergleich zu heute ebenfalls 80% der Energie eingespart werden. Die Verantwortung dafür liegt zu 100% in den Kommunen. Statt die Klima unverträglichen Fehlentscheidungen der letzten Legislaturperioden abzuarbeiten – man denke nur an Neubaugebiete wie Allerinsel, Blaues Land, oder Im Tale, mit Bebauungsplänen ohne Energieeffizienzvorschriften – müsste die Stadt Celle sofort einen Wärmeplan erstellen.

Strenge Neubaugebiete, Sanierung der Altbaubestände unter Nutzung von Geothermie und der Aufbau von Wärmenetzen mit Ausschöpfung aller Fördermaßnahmen von Land und Bund, würde die Belastung von

Hausbesitzern und Mietern gering halten und würde Celle auch für Gering- und Normalverdienerer familienfreundlich machen.

Kurzum, der Notstand tritt nicht erst ein, wenn die Flutwelle durchs Ahrtal rast, sondern er besteht bereits davor im Kopf vieler Politiker:innen und Verwaltungskräfte. Also liebe Mitbürger:innen sorgt dafür, dass sie nicht so weiterwursteln wie bisher!



Weiteres Neubaugebiet

Oberbürgermeister Nigge zieht seine Agenda durch: Schon wieder sollen 18 ha landwirtschaftlicher Fläche in ein Baugebiet umgewandelt werden. Das sogenannte „Wohngebiet Lehmhorstweg“ soll sich in Groß Hehlen beidseitig des Lehmhorstweges erstrecken und wird im Westen durch die Scheuener Straße, im Süden durch das Wohngebiet Im Tale sowie eine Grünfläche und im Osten durch vorhandenen Wald begrenzt. Nördlich des Lehmhorstweges wird das Plangebiet durch das Wohngebiet Hehlensloh/Düpmoor begrenzt. Vorgesehen sind zudem unterschiedliche Bautypologien sowie verschiedene Grundstücksgrößen. Nicht vorgesehen sind weder (jedenfalls bisher) ein Wärmenetzwerk, noch Auflagen hinsichtlich Erneuerbarer Energien. So gesehen ist die Bemerkung zu Klimawirkungen ein schlechter Witz: „Es ist davon auszugehen, dass durch die Umsetzung der Planung im Vergleich zur Nullvariante zusätzliche CO₂-Äquivalente entstehen werden. Um diese zu reduzieren, werden im Laufe des Verfahrens Regelungen, z.B. zur Durchgrünung sowie zur Vermeidung unnötiger Flächenversiegelungen, in den Bebauungsplan aufgenommen.“ Die Entwicklung des Wohngebietes soll durch die (hyperaktive) städtische Konzerntochter „allerland Immobilien GmbH“ erfolgen.



----- 01.09.2021 -----

Fahrraddemonstration gegen Krieg und Unter- drückung

Am Antikriegstag haben in Celle rund 50 Personen an einer Fahrraddemo teilgenommen. Sie demonstrierten damit gegen Krieg und Unterdrückung und kritisierten die militärische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik und Waffenexporte aus Deutschland. Zu dem Protest aufgerufen hatte das Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ in Kooperation mit der feministischen Organisation „Gemeinsam Kämpfen“ und „Land in Sicht – Transition“ (LIST).

In den Reden wurden aktuelle Kriege und Entwicklungen thematisiert. Der Beitrag von „Rheinmetall Entwaffnen“ ging auf die Situation in Chiapas und Kurdistan ein. Dort bauen gesellschaftliche Bewegungen basisdemokratische Selbstverwaltungsstrukturen auf, die jedoch von Mexiko und der Türkei militärisch angegriffen werden. „Beide Staaten werden dennoch von Deutschland unterstützt – sowohl mit Waffen, als auch mit Geld und politischer Rückendeckung“, so die Sprecherin Nina Binder.

„Der Waffenhersteller Heckler & Koch umgeht bewusst die wenigen und unzureichenden Exportbeschränkungen, um Waffen nach Mexiko zu verkaufen. Deshalb wollen wir euch einladen mit uns gemeinsam im Oktober in Oberndorf

gegen Heckler & Koch aktiv zu werden“, so die Rednerin.

„Ganz aktuell wird die êzîdische Glaubensgemeinschaft von der Türkei bedroht“, so der Vertreter von êzîdischen und kurdischen Organisationen Yilmaz Kaba, „weiterhin werden Waffen verkauft und Geld aus Europa fließt an die Türkei. Nun möchte der deutsche Außenminister in die Türkei reisen, um die Türkei dabei zu unterstützen, für die Sicherheit auf dem Flughafen in Kabul zu sorgen. Das ist ein Armutszeugnis für uns alle!“

„20 Jahre haben NATO-Staaten in Afghanistan Krieg geführt, Rache genommen. Deutschland hat dabei so getan, als ob es eine demokratische Gesellschaft aufbauen wollte“, so Cornelia Döllermann-Nölting von „Land in Sicht – Transition“. Nun würde so getan, als ob die Übernahme der Macht durch die Taliban überraschend gekommen sei. Die Regierungsmitglieder hätten es natürlich wissen müssen, denn die Lage sei von etlichen ihrer eigenen Leuten genau so analysiert worden. „Sie wussten auch, dass sie die Menschen in Afghanistan evakuieren müssen. Sie haben es nicht getan.“ „Was können wir daraus ler-



nen?“, fragte die Rednerin von „LIST“. „Das wichtigste, das wir tun können, ist: Überall auf diesem Planeten diejenigen zu unterstützen, die sich für Gerechtigkeit und gleiche Rechte für einsetzen, für Klimagerechtigkeit und gegen all die anderen Verheerungen, die der Kapitalismus anrichtet.“

----- 18.09.2021 -----

Rettungskette für Menschenrechte

Als Teil einer bundesweiten Aktion haben gut 120 Teilnehmende in Form einer Menschenkette ein Zeichen gesetzt gegen das Sterben im Mittelmeer und für die Schaffung sicherer Fluchtwege. Ab 12 Uhr machten sie auf dem Gehweg der Hannoverschen Straße zwischen Congress Union und Jägerstraße mit Plakaten und Transparenten auf ihr Anliegen aufmerksam. Mit ihrem bunten Bild wollten die Teilnehmenden gleichzeitig Werbung für ein offenes Europa und gegen die "Angst- und Abschottungspolitik der EU" machen. Cornelia Döllermann-Nölting, eine der Organisatorinnen, zog für die Gruppe "Land in Sicht - Transition" ein positives Fazit: "Wir haben zusammen gezeigt, dass uns das Sterben von Flüchtlingen auf ihrem Weg nach Europa nicht gleichgültig ist. Und wir haben ein Zeichen gesetzt gegen die Gewalt, mit der ein zur Festung ausgebautes Europa sich abschottet gegen das Elend der Welt."

----- 19.09.2021 -----

Sachbeschädigung

Am Wochenende kam es laut Polizeibericht zu zwei Sachbeschädigungen in der Straße An der Gertrudenkirche in Altencelle: „Dabei wurden durch unbekannte Täterschaft ein grüner Sattelzug und im erweiterten Nahbereich ein auf einer offen zugänglichen Baustelle abgestellter Bagger beschädigt. So mussten die Geschädigten am heutigen Morgen feststellen, dass sämtliche Kabelleitungen der beiden Fahrzeuge durchtrennt wurden. Der Schaden wird auf eine annähernd sechsstellige Summe geschätzt.“ Wer vermutet, dass dies mit dem Bau der Ostumgehung zu tun hat, dürfte mit dieser Annahme wohl richtig liegen.



----- 24.09.2021 -----

460 bei Klimaaktionstag

Im Rahmen des Globalen Klimaaktionsstags hatte die Celler Klimaplattform zu einem Demonstrationszug von der Stechbahn zum Neuen Rathaus eingeladen. Rund 460 Bürger:innen folgten diesem Aufruf und sandten damit ein deutliches Signal an Politik und Verwaltung.

„Es ist gut, dass ihr alle hier seid“, begann Michael Weinrich. Als Sprecher Klimaplattform erinnerte an das Banner („Hier könnte ihr Meeresspiegel stehen“), das vor zwei Jahren für Aufsehen sorgte, als es über den Dächern der Stadt am Stadtkirchturm wehte. Die damalige Klimademo mit weit mehr als 1000 Teilnehmenden hätte in Celle einen Stein ins Rollen gebracht. Initiativen wie die Parents for Future hätten sich unter diesem Eindruck gebildet und das Fundament für das Entstehen der Celler Klimaplattform gelegt. Auch an diesem Freitag wurde das Banner am Kirchturm der Stadtkirche angebracht, aufgrund des zu erwartenden Sturms jedoch noch am Vormittag wieder abgebaut. Auf der Wehlstraße legten sich viele der Teilnehmenden zu einem „die in“ auf den Boden, um zu demonstrieren, dass der Klimawandel tödliche Folgen hat.

Die Redebeiträge vom BUND, NABU, der feministischen Ortsgruppe „Gemeinsam kämpfen“, Climate-Watch-Celle, dem VCD, den Parents for Future, drei jungen Redner:innen aus den Reihen der Fridays for Future Bewegung und der Celler Klimaplattform deckten weite Teile sowohl des Themas als auch der Gesellschaft ab.

Allgemein wurde auf die Ergebnisse des letzten Weltklimarats-Berichts hingewiesen, die ein sofortiges Handeln forderten. Das Klimaproblem sei auch aus sozialen und geschlechter-spezifischen Aspekten zu betrachten.

Einerseits reiche „ein bisschen Rad-

fahren und weniger Fleisch essen“ nicht aus, andererseits gebe es Möglichkeiten, Klimaneutralität auf lokaler Ebene zu erreichen, zum Beispiel bei der Gebäudewärme und -klimatisierung und einer ökologischen Mobilitätswende. Die zunehmende Flächenversiegelung müsse eingedämmt werden, Ausgleichsmaßnahmen müssten weit umfassender als bisher realisiert und langfristig begleitet werden.

Die Bilanz der letzten zwei Jahre Klimapolitik in Celle falle spärlich aus. Der Beschluss „Klima in Not“ habe keine nennenswerten Ergebnisse gebracht, wurde kritisiert.

Besonders enttäuscht wurde zur Kenntnis genommen, dass niemand aus dem Rathaus, vor dem die Schlusskundgebung stattfand, herauskam, um wenigstens symbolisch zu zeigen, dass man die vorgebrachten Forderungen höre und ernst nähme. Wochenlang hatte die Celler Klimaplattform den Kontakt gesucht und sogar die Möglichkeit eines Redebeitrags angeboten. Diese Bitte sei vom Verwaltungsvorstand abgelehnt worden, bedauerte Weinrich und schloss mit dem Hinweis, dass die Celler Klimaplattform auch künftig mit ihrer Expertise für Beratungen und zu Gesprächen zur Verfügung stünde, vor allem aber weiterhin sehr kritisch die Arbeit von Politik und Verwaltung begleiten werde.

Aufgrund des großen Zuspruchs wurde die nächste Klimademo für den 5. November angekündigt.

----- 28.09.2021 -----

Verdrängung

Die Celler Jungsozialisten haben mit einer kleinen Protestaktion auf die „Verdrängung“ der Jugend aufmerksam gemacht:

„Die Stadt Celle wird immer unattraktiver für junge Menschen. Doch anstatt etwas dagegen zu unternehmen und die bestehenden und genutzten Orte zu erhalten und zu unterstüt-

zen, tut die Stadt unter Federführung von Oberbürgermeister Nigge (CDU) alles dafür, Celle noch unattraktiver zu gestalten. Ein Treffpunkt nach dem anderen verschwindet aus dem Stadtbild. Wir haben den Eindruck, dass sich der Oberbürgermeister nicht im geringsten für die Belange der Celler Jugend interessiert. Deshalb protestieren wir am Celler Allerstrand. Um ein Zeichen zu setzen, dass wir diese Verdrängung nicht akzeptieren wollen und auch nicht wegschauen werden. Wir haben heute die Chance genutzt und uns auf den freien Allerstrand gestellt. Wir hoffen, dass die Stadt Celle der Celler Jugend ab dem nächsten Sommer wieder ermöglicht den Allerstrand zu nutzen, um nicht noch weitere Gebiete für die Jugendlichen zu sperren.“



Neues aus der Personalabteilung



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Der Besserwisser: Eins hat die Bundestagswahl gezeigt: Das Klassen-
bewusstsein ist zurück bei vielen jungen Leuten.

Die Dicke: Wegen 23 Prozent Erstwähler:innen bei der FDP?

Der Besserwisser: Ja. Sie wollen erben, ohne einen Cent Steuern zu
bezahlen – und sowas wie Solidarität ist ihnen ein Graus.

Klein Jonas: Ganz so einfach ist das nicht. Ich denke, manche von ih-
nen fanden auch gut, dass die FDP sich dargestellt hat als Kritikerin
von Corona-Maßnahmen auf Kosten der jungen Generation.

Der lange Lulatsch: Wahlentscheidend war das ja aber nun nicht.

Die Dicke: Sondern?

Der lange Lulatsch: Wahlentscheidend ist am Ende das Ergebnis doch
nur insoweit, als es den Parteien einige Möglichkeiten eröffnet, im Par-
lament zu Regierungsmehrheiten zu kommen.

Der Besserwisser: Und daraus muss dann im Sinne funktionsfähiger
bürgerlicher Herrschaft eine Erzählung gebastelt werden.

Die Dicke: Und wie lautet die dieses Mal?

Der lange Lulatsch: Schau ins Sondierungspapier: „*umfassende Er-
neuerung unseres Landes*“, „*Fortschrittskoalition*“, „*Aufbruch*“.

Oma Lilo: Und hätten sie sich zu Jamaika zusammengefunden, wären
halt noch „*Stabilität*“ und „*Sicherheit*“ ins Schaufenster der Wahrneh-
mung gestellt worden.

Die Dicke: Aber jetzt soll's eben die Ampel sein. Ein bisschen mehr
Klimaschutzmaßnahmen (Grüne), ein bisschen mehr Sozialstaat (SPD),
ein bisschen mehr Vertrauen in den Kapitalismus (FDP), aber bloß kein
„Vorwärts“ (Linke), kein „Weiter so“ (CDU) und kein „Zurück“ (AfD).

Klein Jonas: Aber genau das wollen doch die Wähler:innen.

Oma Lilo: Das ist, was „Medien“ und „Politik“ jetzt suggerieren. Das
„Wollen“ der Wähler:innen beschränkt sich pro Person auf eins von
46.854.508 gültigen oder ungültigen Kreuzen. Alles darüber hinaus ist
im besten Fall ein Job für die Meinungsforschung. Was dann aber aus
dem Ergebnis gemacht wird, entscheiden andere.

Die Dicke: Immerhin 12 Euro Mindestlohn.

Oma Lilo: Gutes Beispiel, weil das ja – jedenfalls sehr wahrscheinlich
– eine Mehrheit derer, die bei der FDP ihr Kreuz gemacht haben, nicht
wollten. Aber die sind dann bewahrt vorm Tempolimit.

Die Dicke: Die Cellesche ließ uns ja gerade wissen, dass zwischen den
Ratsparteien „fiebrhaft“ Gespräche geführt würden.

Oma Lilo: Aber hallo, endlich geht's mal um Inhalte.

Die Dicke: Nein, das doch nicht. Es geht um Ausschusssitze, Bürger-
meisterämter, Aufsichtsratsmandate. Also das wirklich Wichtige.

Der lange Lulatsch: Einige Kommentare direkt nach der Kommunal-
wahl in der CZ sind da ja auch – im Negativen – aufschlussreich: Alex-

ander Wille, Fraktionsvorsitzender der CDU: „In den vergangenen zehn Jahren war es schon schwierig, Mehrheiten zu finden, mussten im Vorfeld viele Gespräche geführt werden, um Entscheidungen herbeizuführen. Das wird nun nicht einfacher.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Patrick Brammer: „Oberbürgermeister Nigge wird stärker auf die Fraktionen zukommen müssen, um Mehrheiten zu bekommen.“ FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim Falkenhagen: „Jetzt müssen alle Fraktionen mehr aufeinander zugehen.“ Oder anders ausgedrückt: Es soll weiter von einer umstrittenen Entscheidung zur nächsten gehoppelt werden.

Die Dicke: Also auch die nächsten fünf Jahre „Stille Hochzeit“ von CDU und SPD.

Oma Lilo: Ich denke auch, ein Coming-Out wird's nicht geben. Dann müssten beide ja zugeben, dass sie inhaltlich doch ziemlich nackt dastehen und auch die SPD Nigge irgendwie eigentlich gern machen lassen würden, wenn er sie wenigstens ab und an mal lobt.

Die Dicke: Das ist jetzt aber gehässig.

Der lange Lulatsch: Schauen wir noch auf die „linke“ Seite. Oliver Müller hat aufgehört, sehr bitter. Dirk Gerlach ist umgezogen, fehlt künftig eine lautstarke Stimme gegen die AfD ...

Der Besserwisser: ... aber mehr auch nicht, na gut: immerhin.

Der lange Lulatsch: Marks und Rodenwaldt-Blank sind nicht wiedergewählt, da zog das Label „Zukunft Celle“ doch weniger, als auch wir erwartet haben. Jörg Rodenwaldt aber ist drin, und wird wohl eine Fraktion mit Behiye Uca bilden, die für Die Linke in eine weitere Runde geht.

Die Dicke: Die Grünen immerhin haben interessante neue Frauen: Karin Abenhausen, Johanna Thomsen, Viktoria Künstler.

Der lange Lulatsch: Meine Hoffnung ist ja, dass Karin Abenhausen die Lücke besetzt, die Oliver Müller hinterlässt, also dass sie die neue intellektuelle und emotionale Oppositions-„Führerin“ wird.

Oma Lilo: Sie war ja zu Beginn ihrer journalistischen Laufbahn mal bei der Celleschen. Und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, kam der erste, gut recherchierte Artikel zum 8. April von ihr.

Die Dicke: Jetzt ist sie ja schon lange beim NDR.

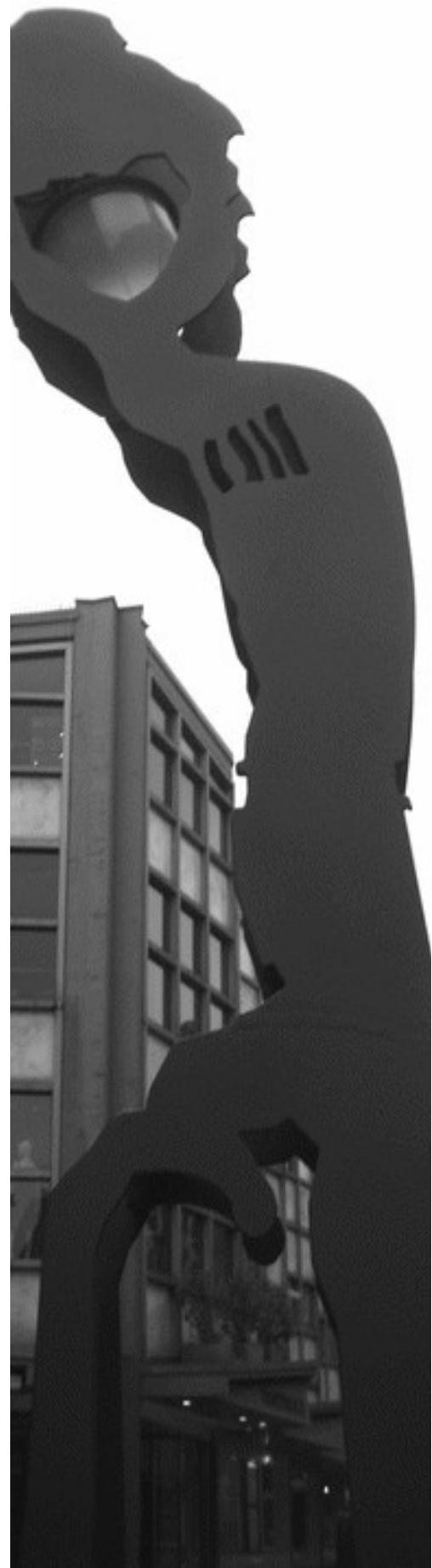
Klein Jonas: Jetzt werdet ihr aber gerade komisch in eurem Tratsch über Personen, oder?

Der lange Lulatsch: Das demokratietheoretisch Interessante bei Kommunalwahlen ist, dass sie Persönlichkeitswahlen ermöglichen. also dass nicht automatisch der von den Parteien vorgegebene Listenplatz entscheidet. Das bringt zwar vor allem z.B. die Ortsbürgermeister:innen nach vorn, die dann – etwas zynisch gesagt – von denen gewählt werden, denen sie zum 80. Geburtstag mal einen Blumenstrauß überreicht haben. Aber es beinhaltet eben auch die Möglichkeit, Leute zu wählen, von denen man oder frau sich erhoffen kann, dass sie bestimmte Interessen vertreten.

Der Besserwisser: Und wenn sie dann noch jederzeit abwählbar wären, hättest du schon deinen Anarchismus?

Der lange Lulatsch: Nein, das selbstverständlich nicht. Aber den formalen Unterschied zu Landtags- oder Bundestagswahlen sollten wir deshalb nicht negieren. Aber ja: Veränderung gibt's nur da, wo sich Leute „auf der Straße“ für ihre Interessen einsetzen und diese im Sinne Gramscis hegemonial werden.

Der Besserwisser: Amen.



Die tödliche Gleichgültigkeit

Wie ist das möglich? Wie ist es möglich, dass buchstäblich vor unserer Haustüre ein menschliches Kollektivdrama abspielt, vor unseren Augen eine politische und gesellschaftliche Entzivilisierungsdynamik ihren irren Lauf nimmt – und fast niemanden kümmert es, kaum jemanden bekümmert es ernsthaft?

Eine Festung Europa wird mit Gewalt gesichert, und wer die Außenmauern überwindet, ist seines Lebens noch lange nicht sicher. Zehntausende Menschen werden gezählt, die in den vergangenen 25 Jahren ihr Leben lassen mussten, nur, weil sie am hiesigen, nicht weniger gewaltsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben wollten. Weil sie teilhaben wollten an den hiesigen Verhältnissen, an dem für uns ganz normalen Leben – von dem wir meinen, dass es uns zusteht, und im Zweifel nur uns. Weil sie ihr Glück suchten, aus Hoffnung oder Verzweiflung, Mut oder Angst.

Dieser Essay von Stephan Lessenich wurde bei der „Rettungskette für Menschenrechte“ vorgelesen. Einige Teilnehmende baten darum, den Text nachlesen zu wollen.

Aber Glück ist eine knappe Ressource, für alle reicht es nicht. Das ist die irrationale Rationalität, die irrsinnige Logik der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Die immensen Werte, die sie produziert, dürfen niemals allen zugutekommen. Genau daraus entspringt die Notwendigkeit der Schließung und der sozialen Selektion. Und so sterben die Leute halt – auf Schlauchbooten und an Grenzzäunen, in Kühlkammern und Asylheimen. Oder einfach auch auf offener Straße, mitten im Leben. Dem Leben der anderen.

Die Studien zur Entzivilisierung des gesellschaftlichen Lebens und weite Teile der „normalen“ Bevölkerung im Nationalsozialismus füllen ganze Bibliotheken. Man steht ratlos davor und fragt sich noch nach Generationen, trotz oder auch wegen all der geschichtswissenschaftlichen Evidenz: Wie war das möglich? Und bleibt ratlos und dauerschockiert zurück. Die Schockstarre scheint anzuhalten und sich fortzuschreiben, auch über den mittlerweile ganz normalen Wahnsinn des Alltagsrassismus und Profaschismus hinweg: Regierende feuern den „Fremden“-Hass an, Verfassungs-„schützer“ bestreiten das Offensichtliche, selbst „Linke“ lassen sich vernehmen, dass das mit der Migration so nicht weitergehen könne.

Also stellen wir sie halt einfach ab. Die wenigen Guten ins Arbeitsmarktöpfchen, auf dass die nationale Wachstums- und Wohlstandsmaschinerie weiter wie geschmiert laufen möge. Und die Masse der Schlechten eben ins Kröpfchen des Mittelmeers, der Abschiebehaft

oder der – ja, das darf man heute wieder sagen – „konzentrierten“ Unterbringung in Zentren für Ankunft, Entscheidung und Rückführung. Also vor allem Rückführung natürlich.

Damit wir unsere Ruhe haben. Denn es ist ja so: Wir wollen nicht gestört werden. Wir wollen, wenn es irgend geht, so weitermachen. Akademische Diskussionen sinnieren über das „gute Leben“, in Talkshows wird über die „Grenzen der Belastung“ diskutiert, derweil wir über den Alltagsstress klagen und schon einmal den nächsten Urlaub buchen. Gern in einem der Länder, in denen diejenigen zurückgehalten werden, die uns nach unserer Rückkehr daheim nicht das Leben vermiesen sollen.

So geht kollektives Ausblenden heute: im Grunde genommen genau wie damals. Man weiß eigentlich, was vor sich geht. In jedem Fall kann man es alles wissen. Aber wir wollen es nicht wissen. Mehr noch, und viel praktischer auch: Wir müssen gar nicht wissen. Niemand zwingt uns dazu, uns den Realitäten unserer Lebensweise zu stellen. Nichts zwingt uns dazu, die uneingestanden Voraussetzungen und ausgeblendeten Konsequenzen unserer Position in der globalen Wirtschafts- und Sozialordnung zur Kenntnis zu nehmen. Oder gar zu Herzen.

Dazu jedenfalls kann uns auch niemand zwingen – das müsste in der Tat schon von Herzen kommen. Was



diese Gesellschaft hingegen derzeit kollektivindividuell betreibt, ist die große Gleichgültigkeit. Diese Gesellschaft ist indifferent gegenüber denjenigen, die für ihre einsame Wohlstandsposition in der Welt bezahlen müssen, die die Kosten und Lasten ihrer vermeintlich „hochproduktiven“, in Wahrheit aber höchst destruktiven Ökonomie zu tragen haben. Ja sie ist geradezu indolent, schmerzunempfindlich. Wohlgemerkt: sie ist arg empfindsam für den in die Zukunft projizierten Phantom Schmerz, irgendwann auch mal Lebenschancen teilen und etwas vom Kuchen abgeben zu müssen. Aber über die Schmerzen der anderen kann sie ohne Weiteres und ohne viel Aufhebens hinwegsehen und -gehen. Gleichgültigkeit ist eine soziale Beziehung – eine Beziehung der Beziehungslosigkeit. Wir tun so, als ob das alles nichts mit uns zu tun hätte: Die Toten im Mittelmeer, die Hetzjagden auf als „fremd“ Markierte, die Rückhaltelager in Nordafrika, die Arbeitsbedingungen in Südostasien, die Umweltzerstörungen in Lateinamerika. Das Elend der Welt – not our business. Oder vielmehr: Im Zweifel machen wir halt Geschäfte damit, auch unsere ganz privaten und persönlichen. Klar, wir können weiterhin das Sterben auf dem Weg nach Europa und den tödlichen Rassismus um uns herum ignorieren. Gleichgültigkeit muss man sich leisten können – und wir haben s ja! So zeigen wir bestenfalls auf die üblichen Verantwortlichen, auf EU und FRONTEX, Kurz und Orbán, Salvini und Seehofer. Aber warum denn wohl können sie alle ihr übles Spiel immer weiter treiben? Wann spielen wir nicht mehr mit?

Frage ich mich. Fragen uns mittlerweile 36.609 Tote. Und ungezählte weitere, nicht dokumentierte Opfer der europäischen Zivilisation.

Der Text ist im November 2018 in dem Buch „Todesursache: Flucht. Eine unvollständige Liste“, herausgegeben von Kristina Milz und Anja Tuckermann veröffentlicht worden. In den vergangenen 25 Jahren sind mehr als 35.500 Menschen auf der Flucht nach und in Europa ums Leben gekommen. Dieses Buch macht das Ausmaß dieser Tragödie sichtbar. Es dokumentiert die belegten Fälle, die meisten Toten sind namenlos verzeichnet. Überlebende der Flucht haben den Herausgeberinnen einige Namen ihrer Toten genannt, andere sind recherchiert. Die Liste wurde ergänzt durch Porträts und Fotos der Menschen, die sie waren. Sie sollen dem Vergessen entrissen werden – denn hinter jeder Zahl steht ein Mensch.

Hirnkost-Verlag 2019, ISBN: 978-3-947380-32-9, 496 Seiten, 10,00 €

Wir empfehlen euch einfach mal zusätzlich die anderthalbstündige Diskussion von Stephan Lessenich, Thomas Rudhof-Seibert, Anne Jung, die im Rahmen einer Veranstaltung von medico international unter dem Titel "Kritisches Denken in der Weltkrise" diskutieren. Konkreter Anlass war Anfang September die unter dem medialen Motto "2015 darf sich nicht wiederholen!" geführte Diskussion um Afghanistan. Lohnenswert 90 Minuten: <https://www.youtube.com/watch?v=90C64zNeaq>



SEEBRÜCKE SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Die Initiative LIST hat in den vergangenen Jahren vor Ort einige Kampagnen der SEEBRÜCKE umgesetzt. Wir finden – unterm Strich – fast alles, was von diesem Netzwerk ausgeht unterstützenswert. Aber: Wir wollen LIST bleiben und nicht zusätzlich SEEBRÜCKE werden. Wir denken, dass dieser Zusammenhang – gerade auch für junge Leute – total interessant sein kann. Deshalb ist uns daran gelegen, dass es in Celle eine Ortsgruppe der SEEBRÜCKE gibt. Gibt es Menschen, die ein Interesse an der Organisation und Mitarbeit haben

Donnerstag, 02.12., 18 Uhr, Buntes Haus.

Abschiebung nach Armenien gescheitert

In Bergen hat der Landkreis Celle am 17. September versucht, ein yezidisches Paar aus Armenien mit ihren beiden nicht volljährigen Söhnen (16 und drei Jahre) ins Herkunftsland abzuschicken. Wieder einmal war es eine "Nacht- und Nebelaktion", insoweit als die Ausländerbehörde zusammen mit einem Aufgebot an Polizei und Notfallambulanz um 2.30 Uhr mit einem Schlüsseldienst in die Wohnung der Familie eindrang.

Nachdem die anwesenden Familienmitglieder aufgeweckt waren, drohte der Vater, sich mit einem Messer etwas anzutun. Er flüchtete in die Küche, woraufhin die Polizei die Küchentür mit dem Esszimmertisch aus der Wohnung als „Rammbock“ aufbrach. Die Söhne, auch der Dreijährige, erlebten das mit. Der Vater wurde schließlich in die psychiatrische Klinik in Celle gebracht und der Abschiebungsversuch abgebrochen.

Der Ausländerstelle war zudem offensichtlich nicht bekannt, dass sich die Mutter seit etwa zwei Wochen in einer psychiatrischen Klinik in Sehnde befand. Als sie vom Abschiebungsversuch erfuhr, hielt sie sich zwei Tage lang außerhalb der Klinik versteckt.

Die Familie lebt seit 2003 in Deutschland. Zuletzt hatte der Vater mit finanzieller Förderung durch das Jobcenter den Busfahrerführerschein gemacht und ein Einstellungsangebot durch CeBus; doch die Ausländerstelle verweigerte die Arbeitsaufnahme.

Investitionsstau so hoch wie nie

Das Allgemeine Krankenhaus in Celle (AKH) will in den nächsten Jahren rund 150 Millionen Euro in Neu- und Umbauten, Medizintechnik und EDV investieren. Da das finanziell angeschlagene Haus auf dem Kreditmarkt gerade nicht so große Chancen hat, musste der Landkreis Celle mit Zusagen in Höhe von 70 Millionen einspringen. Ein Hintergrund für die Misere: Die niedersächsische SPD/CDU-Landesregierung kommt ihrer Verpflichtung zur Krankenhausfinanzierung nur unzureichend nach.

Deshalb schlug die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) Alarm: Im August wies sie mit einer Aktion vor der Marktkirche in Hannover auf diese Situation hin. Mit einer brachliegenden Baustelle und der Enthüllung eines großen „Bauschildes“ machte die NKG symbolisch darauf aufmerksam (siehe Foto). Sie forderte die Landesregierung auf, die jährlichen Investitionsmittel für den Krankenhausbau deutlich zu erhöhen.

Mehr als 40 dringend notwendige Bauprojekte von Krankenhäusern in Niedersachsen warten wegen unzureichender Investitionen des Landes auf Umsetzung. Für sie ist bis jetzt kein konkreter Baustart absehbar. Der Investitionsstau im Bereich Krankenhausbau ist mit 2,2 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor.

Dazu aus einem Hintergrundpapier der NKG:

„Die Bundesländer sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen wie Bau- und Modernisierungsmaßnahmen, Medizintechnik und Informationstechnologie verpflichtet. Das Land Niedersachsen hält sich hier jedoch seit Jahrzehnten stark zurück. Im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre betrug die jährliche Fördersumme für Baumaßnahmen lediglich rund 120 Mio. Euro. Seit dem Jahr 2003 ist keine Erhöhung der jährlichen Tranche erfolgt. Mit einem kreditfinanzierten Sonderinvestitionsprogramm wurden im Jahr 2017 einmalig zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt, um den bis dahin angewachsenen Investitionsstau zumindest teilweise abzubauen. [...] Die bislang unveränderte Fördersumme von rund 120 Mio. Euro entspricht aufgrund von Kostensteigerungen effektiv einer Reduktion der verfügbaren Mittel.“

Die Kliniken wären nicht mehr in der Lage, ausreichend Gewinne zu erwirtschaften, um diese Maßnahmen aus Eigenmitteln zu finanzieren. Neben einer Verdoppelung der Gesamtinvestitionen bedarf es deshalb aus Sicht der Krankenhäuser eines landeseigenen Strukturfonds in Höhe von 1 Milliarde Euro zur Beschleunigung eines nachhaltigen Strukturwandels, um zukunftsweisende Projekte zur Verbesserung der stationären Versorgung zeitnah zu realisieren.



ver.di Celle informiert

Auslagerung in Tochtergesellschaften war Rechtsmissbrauch

Zum Jahreswechsel hatten mehr als 120 Beschäftigte des Allgemeinen Krankenhauses die „freie Wahl“: Entweder sie stimmten dem Wechsel in neue Tochtergesellschaften zu oder sie erhielten vom Arbeitgeber die Kündigung. Mehr als 20 Kolleg:innen wehrten sich, wurden gekündigt und reichten beim Arbeitsgericht Celle Kündigungsschutzklage ein. Am 28. Juli 2021 wurden erste Urteile verkündet.

In Fall einer vom ver.di Rechtsschutz vertretenen Kollegin urteilte das Celler Arbeitsgericht in erster Instanz, dass „das Arbeitsverhältnis der Parteien durch die außerordentliche Kündigung ... nicht beendet ist.“ Diese Kollegin bleibt in gleicher Funktion und zu gleichen Bedingungen Arbeitnehmerin des AKH.

Etwa 100 Kolleg:innen hatten dem Druck des Arbeitgebers nachgegeben und dem Wechsel zur Tochtergesellschaft zugestimmt. Das Arbeitsgericht hat nun festgestellt, dass dieser Wechsel in die Servicegesellschaften rechtsmissbräuchlich erfolgt ist. Die tariflichen Arbeitsbedingungen des TVÖD wieder festzuschreiben zu lassen, dies ist das Ziel des ver.di Rechtsschutzes. Die Entscheidung darüber können aber nur Gerichte treffen und dazu braucht es Kläger:innen, die als ver.di-Mitglieder Rechtsschutz erhalten. Deshalb: Wer rückwirkend zum Vormonat ver.di-Mitglied wird, bekommt den vollen gewerkschaftlichen Rechtsschutz.

Zurück in die Klinik!

Alle Kolleginnen und Kollegen im AKH unter dem gleichen Tarifvertrag garantieren ein gutes Funktionieren des Krankenhauses und ein Miteinander in einem guten Arbeitsklima!

V.i.S.d.P.: Robert Kirschner, ver.di Hannover-Heide-Weiser, FB 3, Katzenstraße 3, 21335 Lüneburg

Lasst Euch nicht auseinanderdividieren!

Am 25. September 2021 war Jürgen Uebel einer der Redner auf der Demo gegen das rechtsextreme Erntefest auf den NPD-Hof. Er ist Vorstandsmitglied von „Bad Nenndorf ist bunt e.V.“ und sprach über seine Erfahrungen im antifaschistischen Protest:

Mein Name ist Jürgen Uebel, und ich spreche hier für das Bündnis gegen Rechtsextremismus „Bad Nenndorf ist bunt“. Seit langem unterstützen wir die Escheder im Kampf gegen den Nazihof, genauso wie sie uns unterstützen haben gegen die 10 Jahre währenden sogenannten „Trauermärsche“ in Bad Nenndorf. Als Kameradschaftsnazis mit Unterstützung der NPD im Jahre 2006 begannen, einmal jährlich in Bad Nenndorf ihren Heuchlermarsch durchzuführen, stellten sie eine Reihe von Forderungen. Unter anderem sollte eine Gedenktafel am Winklerbad angebracht werden, deren Text sie natürlich bestimmen wollten. Wenn die Stadt Bad Nenndorf dem nicht Folge leiste, würde man jedes Jahr wiederkommen. Einige Politiker im Stadtrat begannen dann ernsthaft eine Diskussion darüber, ob man der Forderung nicht nachkommen solle, zumindest in etwas abgewandelter Form. Zum Glück konnten sie davon überzeugt werden, dass Verhandlungen mit Nazis und Eingehen auf ihre Forderungen eine Kapitulation der Demokraten bedeutet und ein absolutes No-Go sind!

10 Jahre lang haben Demokraten und Antifaschisten aus dem Landkreis Schaumburg, aus Niedersachsen und der ganzen Republik sich den Faschisten widersetzt, bis diese dann endlich 2016 entschieden haben, uns nicht weiter zu belästigen und Bad Nenndorf künftig zu meiden. Der breit aufgestellte, konsequente, fantasievolle und langjährige Widerstand gegen Nazis und ihre menschenfeindliche Ideologie hat dazu geführt, dass seit 2010 immer weniger von ihnen an den Propagandamärschen teilnehmen wollten und es ihren Führern schließlich peinlich war, dort gesehen zu werden. Der Widerstand hat dazu geführt, nicht Einknicken vor der Erpressung, nicht Verhandeln mit ihnen!

Daran musste ich sofort denken, als ich von den Versuchen der NPD hörte, durch Drohungen mit weiteren Aufzügen in Eschede ein Fernbleiben von ihrem Nazihof zu erreichen. Was Dammann in seinem Flyer an die Bürgerinnen und Bürger in Eschede schreibt, ist komplett lächerlich! Einen „Runden Tisch mit allen Beteiligten“ wünscht er sich, „Vorwürfe und Vorurteile würden der Realität weichen, und die Blockade des öffentlichen Lebens wäre vorbei.“ Das Recht, direkt am Nazihof zu demonstrieren, haben sich Antifaschisten vor Gericht erstritten, nach jahrelangem Fernhalten durch das zuständige Ordnungsamt. Das soll am „Runden Tisch“ rückgängig gemacht werden? Träum weiter, Nazi! Mein Fazit: Hier hat einer Kreide gefressen und flötet ein Schlaflied! [...]

Wer ist Manfred Dammann, der Landesvorsitzende der NPD Niedersachsen? Hier in Eschede hat man bis 2019 nichts von ihm gehört, bis er dann für die NPD den Hof von Joachim Nahtz kaufte. Zusammen mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, Andreas Haack, betreibt er das Internet-TV-Format „Nordland TV“. Dort konnte 2017 Horst Mahler, mehrfach verurteilter Holocaust-Leugner, in einem Video minutenlang seine Hetze und Weltverschwörungstheorien ausbreiten. Auf der Facebook-Seite von „Nordland-TV“ wird der verurteil-



Foto: Celler Presse

ten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck gehuldigt. Dammann ist Erstunterzeichner der Proklamation des völkischen Flügels der NPD, ebenso wie Manfred Börm, der regelmäßig auf dem Nazihof verkehrt. In dieser Proklamation von 2018 findet man unter anderem folgende Aussagen: „Der Völkische Flügel ist ein Zusammenschluss von Mitgliedern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Freunden derselben und parteilosen Kräften Deutscher kann demzufolge immer nur derjenige sein, der deutsche Eltern hat, welche deutschen Abstammungsgemeinschaften als Nachfahren zuzurechnen sind oder in der ein Elternteil entsprechend deutsch und der andere Elternteil zumindest europider Abstammung ist. .. Damit eine politische Kampfgemeinschaft funktionieren und erfolgreich wirken kann, sind grundsätzliche Gemeinsamkeiten nötig Zudem muss das notwendige Gemeinschaftsgefühl wiederhergestellt werden Durch eigene Projekte, Veranstaltungen, Schulungen, Medien und Sprecher, wird der Völkische Flügel aktiv, kreativ und konstruktiv am Parteigeschehen mitwirken.“

Nun wird auch klar, was er meint, wenn er in einem YouTube-Video sagt: „Wir sind hier, weil wir eine ganz

gewisse Idee verfolgen, weil wir dieses Eschede zu einem Gemeinschaftszentrum ausbauen wollen!“ Ein rassistisches, fremdenfeindliches, antisemitisches und völkisches Kampfgemeinschaftszentrum soll es werden, und am besten ganz Eschede gleich mit. Es wird Escheder geben, die sagen: Wird schon nicht so schlimm werden, und schließlich ist die NPD ja nicht verboten! [...]

Nein, dürfen die nicht! Sage ich. Warum? Es lohnt sich, einen Blick in die Begründung von 2017 des Bundesverfassungsgerichtes zur Ablehnung des Verbotsantrages zu werfen. In dem Urteil wird nämlich festgestellt, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wolle sich für die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung einsetzen. Auch sei die Partei wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus. Darauf verwiesen unter anderem ihre antisemitische Grundhaltung und ihr Bekenntnis zu Führungspersonlichkeiten der NSDAP. Die bestehende Verfassungsordnung wolle die rechtsextreme Partei durch einen autoritären Nationalstaat ersetzen und arbeite auf dieses Ziel aktiv und geplant hin. Das Bundesverfassungsgericht sieht aber derzeit keine konkreten Hinweise, dass die Partei mit ihrem Handeln erfolgreich sein könnte. Daher sei das Parteiverbot als präventive Maßnahme des Schutzes der Verfassung nicht notwendig. Stattdessen könne auf das bestehende Polizei- und Strafrecht zurückgegriffen werden, um auf Einschüchterungen, Bedrohungen und den Aufbau von Gewaltpotentialen durch die NPD zu reagieren. Übersetzt heißt das: Die NPD ist eine Ansammlung übler Faschisten, aber es sind so wenige, dass sie die Demokratie nicht kippen können. Polizei und Gerichte machen das schon, verlasst Euch nur auf Sie.

[...] Ich bin mir da nicht so sicher, dass „der Staat“ das schon macht. Ich will jetzt gar nicht auf die lange Liste an Fehlleistungen von Politik, Polizei und Verfassungsschutz im Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds eingehen, auch nicht auf rechtsextreme Netzwerke in Teilen der Polizei und der Bundeswehr. Auch nicht auf die Weigerung der Staatsanwaltschaft Zwickau, gegen

die plakatierten Mordaufrufe der rechtsradikalen Partei „Der 3.Weg“ mit dem Text „Hängt die Grünen!“ einzuschreiten. Ich frage mich allerdings, wo „der Staat“ hier in Eschede war, als Joachim Nahtz seinen Hof an die NPD verkauft hat! Es gibt einen niedersächsischen Verfassungsschutz, der hat einen Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund. Die Grünen-Abgeordnete Julia Hamburg hat eine Kleine Anfrage im Landtag gestellt zu diesem Vorgang, und auf ihrer Internetseite sind die sehr interessanten Antworten der Landesregierung abgebildet. Der Hof wurde Ende Februar 2019 an die NPD verkauft, das Innenministerium erfuhr Mitte Mai davon, der Immobilienbeauftragte des Verfassungsschutzes wusste von nichts, trotz V-Leuten in der NPD, trotz Ankündigungen von Dammann auf dem Landesparteitag 2018, man werde das räumliche Problem (nämlich keine geeigneten Räume für Parteitage zu bekommen wegen Weigerung der Inhaber, an Nazis zu vermieten) bald lösen. Hier haben sich weder die Gemeinde Eschede noch das Land Niedersachsen mit Ruhm bekleckert, und nun haben wir den Salat: Weil die NPD eine nicht verbotene Partei ist, hat sie aufgrund des Parteienprivilegs deutlich mehr Rechte [...] als ein Nazi-landwirt mit einer Schrottimmoblie. Die Chance, das faschistische Treiben auf dem Nazihof bald zu beenden, ist also nicht größer geworden!

Dennoch bin ich zuversichtlich, dass sich in Eschede etwas ändert, und zwar zum Positiven. Ich habe den Eindruck, dass immer mehr Escheder kritisch hinterfragen, wozu die NPD den Ort instrumentalisieren will. Klar ist, es soll ein völkisches, nationalistisches Kampfgemeinschaftszentrum auf dem Nazihof entstehen. Klar ist, es sollen nicht nur einige wenige „Ewiggestrige“ angesprochen werden, sondern Dammann will im Sinne der Proklamation des „Völkischen Flügels“ ein Zentrum für die rechtsnationale Bewegung schaffen, ein Leuchtturmprojekt. Wollen die Escheder das? Wollen Sie deutschlandweit, ja international das Nazidorf sein?

Genau diese Frage stellte sich in Bad Nenndorf in den



Nach den Rechten schauen

Jahren 2006 bis 2016. Wenn man Bad Nenndorf gegoogelt hat, kamen erstmal nur Artikel zu Naziumtrieben. Wenn man zu Tagungen oder überregionalen Treffen von zum Beispiel Sportverbänden gefahren ist und sagte, ich komme aus Bad Nenndorf, hieß es: Ach, das Nazi-kaff! Touristen recherchieren im Internet, wohin sie fahren wollen, und so etwas ist keine Empfehlung, es sei denn, man ist eben auch Nazi. Wenn Eschede dem Treiben der NPD nur zuschaut und sagt, „Ach, lass die doch machen auf ihrem Hof, die tun doch keinem was“, werden Sie ein bestimmtes Label bekommen, daran kann die beste Imagekampagne nichts ändern. Andererseits kann ein kreativer, fantasievoller und entschlossener Widerstand gegen solche Importnazis auch sehr positive Schlagzeilen bringen – siehe ebenfalls Bad Nenndorf! Die Escheder und Eschederinnen werden nicht umhinkommen, Stellung zu beziehen, auch wenn es nicht leichtfällt. Es geht nicht darum, das Treiben von ein paar Spinnern zu tolerieren oder eben auch nicht. Es geht darum, ob sich ein Ort von Nazis instrumentalisieren lässt, und das in einer Zeit, in der die Demokratie deutschland- und weltweit bedroht ist. [...]

Und eines noch: Wir hätten in Bad Nenndorf unser Ziel, nämlich „Schluss mit den Trauermärschen“, nicht erreicht ohne Unterstützung vieler Antifaschisten von nah und fern! Auch bei uns haben Teile der Lokalpolitik und einige Medien sowie Vertreter von Polizei und Genehmigungsbehörden versucht, in gute und schlechte Antifaschisten zu unterteilen. Wie oft wurden wir aufgefordert, uns von schwarzgekleideten Demoteilnehmern, Sitzblockaden oder anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams zu distanzieren und sie von unseren Demos auszuschließen! Manchen diente die Teilnahme der „Antifa“ als billiger Grund, selber Demos fernzubleiben und sich dabei auf der „guten Seite“ zu wähen. Wir haben diese Spaltung immer abgelehnt!

Wer hat denn im Jahre 2006 in Bad Nenndorf auf Neonazis und Kameradschaftsstrukturen aufmerksam gemacht? Das waren junge Leute der Antifa, und nicht etwa Lokalpolitiker oder regionale Medien! Die ersten Demos in den Jahren 2006 bis 2008 gegen die sogenannten „Trauermärsche“ in Bad Nenndorf wurden von der Antifa organisiert und besucht – die Nenndorfer waren von den Naziaufmärschen zwar keineswegs begeistert, aber nur eine Handvoll Ortsansässiger hat sich damals an den antifaschistischen Demos beteiligt. Das dicke Brett wurde weitergebohrt, mehr Nenndorfer erkannten, dass wir unseren Widerstand gegen Nazis klar und deutlich zeigen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. Die stundenlange Sitzblockade von über 300 Menschen vorm Wincklerbad im Jahre 2013 in Nenndorf war eine spontane Aktion, an der sich Nenndorfer, Unterstützer aus dem Umland und Antifa ohne vorherige Absprache und gewaltfrei beteiligten.

Lasst Euch also nicht spalten und auseinanderdividieren! Tragt den Protest gegen das NPD-Zentrum gemeinsam, bunt, vielfältig und gewaltfrei auf die Straße und habt Spaß dabei! ICH BIN AUCH ANTIFA!

Schüler:innen am KAV werden – zumindest in nächster Zeit – verschont von den Ansichten eines Erdkunde- und Geschichtslehrers mit Namen **Thorsten Althaus**. Das engagierte AfD-Mitglied ist zum bezahlten Funktionär aufgestiegen und jetzt bildungspolitischer Referent bei der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst. Im Juni hatte der NDR berichtet, dass Althaus sich bei einer AfD-Versammlung in Verden für die Wiederbelebung des formal aufgelösten "Flügel"-Netzwerks eingesetzt haben soll. Er habe sich dafür ausgesprochen, entsprechende Parallelstrukturen in der Partei zu etablieren. - In einem Parteitagsbewerbungsvideo war von ihm zu hören: „*Wenn ich aus meinem Büro auf den Pausenhof schaue, dann sehe ich dort unsere Schüler spielen. Und ich denke mir jedes Mal, verdammt noch mal, es darf nicht sein, dass wir unsere Jugend in die Hölle der multikulturellen Gesellschaft schicken!*“ Seine Lehrer-„kolleg:innen“ gehen davon aus, dass er dieses Büro nicht mehr von innen sehen wird.

Bei der Bürgermeisterwahl in Eschede bekam der NDP-Landesvorsitzende **Manfred Dammann** 72 Stimmen zuviel, immerhin 2,5 % der Wähler:innen-Kreuze. Das Ergebnis sei „absolut zufriedenstellend“, kommentierte die NPD auf Facebook. Als Nazi-frei darf sich Endeholz feiern, denn dort gab's kein einziges Kreuz für den NPD'ler.

Leider hat sich die AfD bei den Kommunalwahlen trotz geringer Verluste „etabliert“: Bei der Celler Stadtratswahl bekam sie 7,2 % (- 2 %-Punkte) und erhielt drei Mandate. Gewählt wurden **Anatoli Trenkenschu** sowie **Silke Rohde** und **Carsten Lapusch**. Wenn letztere nicht verzichten, ersetzen sie **Frank Pillibeit** und **Daniel Biermann**. Silke Rohde war auf dem Wahlzettel als Hausfrau (geb. 1967) geführt. Carsten Lapusch als Maurermeister und Betriebswirt (geb. 1966) aus Garßen; damit wissen wir immerhin, dass wir den Betrieb „Die Maurer“ nicht für uns arbeiten lassen. **Michael Fels**, der die letzten fünf Jahre für die AfD im Rat saß und dort – wenn wir das richtig sehen – nicht ein einziges Wort gesagt hat, hatte nicht wieder kandidiert. Dass die AfD in der Stadt eher schwach aufgestellt ist, zeigte sich bei dieser Wahl daran, dass sie insgesamt gerade einmal neun Kandidat:innen aufbieten konnte.

Im Kreistag ist die AfD weiterhin mit **Thomas Ehrhorn**, **Jens-Christoph Brockmann**, **Susanne Rotermund** und **Frank Pillibeit** vertreten. **Anatoli Trenkenschu** und **Kai Lauenstein** sind rausgeflogen, weil die AfD mit 7,4 % immerhin einen Verlust von 3,4 %-Punkten zu verkraften hatte und damit von sechs auf vier Sitze zurückfiel.

Bei den Gemeindewahlen erhielt die AfD in der Stadt Bergen 6,6 % (2 Sitze), in Hambühren 9,1 % (2), in Winsen 8,6 % (3), in der Gemeinde Südheide 4,8 % (1), in Wietze bei 9,3 % nur ein Sitz, weil es nur einen Kandidaten gab – und im Samtgemeinderat Lachendorf 6,5 % (2). In anderen Gemeinden hatte die AfD nicht kandidiert.



Minigolf Open 2021

Eine der großen Serien des deutschen Sports ist gebrochen. Wo bisher immer auf eine Frau ein Mann als Sieger:in folgte, löste dieses Mal ein weißer alter Mann einen anderen weißen alten Mann ab: Reinhard folgte auf Deti. Nun darf angemerkt werden, dass unter den 12 Teilnehmenden auch nur drei Frauen waren.

1. Reinhard (32)
2. Deti (39)
3. Conny (42)
4. Ewu (43)
5. Moni (44)
6. Michael (45)
7. Carsten (46)
8. Stefan (50)
9. Matze (51)
10. Karl & Wolfgang (52)
12. Kia (64)

Der diesjährige Gewinner hatte keine Erklärung für seine fast perfekte Runde – 7 Asse, keine Bahn mehr als eine 3: *„Ich habe in diesem Jahr nur eine einzige Trainingsrunde absolvieren können. Die runde 50, die dabei zustande kam, hat mich nicht gerade optimistisch gestimmt.“* Vielleicht war es aber auch gerade die geringe Erwartungshaltung, die allen Druck aus dem Spiel genommen hat? *„Hier muss ich vor allem meiner Team-Chefin Moni danken. Hätte sie irgendwann ab Bahn 13 auch nur in einem Nebensatz angemerkt, dass ich Siegchancen habe, hätte ich’s wohl verrätzt. So hat’s dann funktioniert, sich nur auf den nächsten Ball zu konzentrieren.“*

Die 3er-Teams waren wieder von den vier Besten des letzten Jahres in der Schulhof-Wahl-Methode zusammengestellt worden. Sieger hier mit zusammen 136: Conny – Ewu – Matze.

Und die revista konnte sich am Ende über eine Charity-Einnahme in Höhe von 120,50 Euro freuen.

Kneipen-Quiz

Das revista KNEIPEN-QUIZ findet dieses Jahr statt am Sonntag, den 28. November, Beginn: 15 Uhr, Ort: Morlock oder Buntes Haus. Letzte Jahr fiel das Event leider aus. 2019 gewann das Team MORLOCK sein Heimspiel. Sie sind als einziges Team gesetzt. Alle anderen müssen sich anmelden: Dabei gilt das Windhund-Prinzip – oder anders: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! Platz ist für weitere fünf Teams.

Für eine Anmeldung ist folgendes erforderlich – ihr müsst euch anmelden mit

- 1.) einem Name für euer Team,
- 2.) der Benennung einer/eines Team-Chefs/Chefin,
- 3.) den Vornamen der weiteren drei Mitspieler*innen.

Die Anmeldung erfolgt per e-mail an: revista.celle@gmx.de



Worum geht's beim Kneipen-Quiz?

Selbstverständlich um Besserwisserei. Das Sportive: Geraten wird in Teams, die gegeneinander spielen. Bei uns spielen sechs Teams mit je vier Personen. Am Ende liegt vorn, wer die meisten Fragen richtig beantworten konnte.

Es werden Fragen aus unterschiedlichen Themenbereichen gestellt. Wir haben uns entschieden für Fragen aus den Bereichen: a.) Politik / b.) Gesellschaft / c.) Celle

Dazu kommt eine „Bilder-Runde“. Hier werden den Teilnehmenden Bilder präsentiert & mit darauf bezogenen Fragen versehen. Und es gibt eine „Musik-Runde“. Da müssen dann Musikstücke erkannt werden oder Fragen zu ihnen beantwortet werden.

Zu jedem Komplex gibt's sieben Fragen. Für jede Antwort, die dann auf einen Zettel geschrieben werden muss, haben die Teams eine Minute Zeit.

Ach so: Jedes Team kann zu Beginn entscheiden, in welcher der fünf Runden sich seine Punktzahl verdoppeln soll. Und einmal in der jeder Runde kann statt einer eigenen Antwort auf die eines anderen Teams verwiesen werden.

Das Sieger*innen-Team bekommt am Ende einen Pokal Preis – aber: Darum geht's ja nicht wirklich, sondern 1.) um Spaß und 2.) um die revista-Solidarität. Und zu 2.) ist es erforderlich, dass wir einen Teilnahmebeitrag von 5 Euro pro Person kassieren.

Rheinmetall G-CAP-Outsourcing

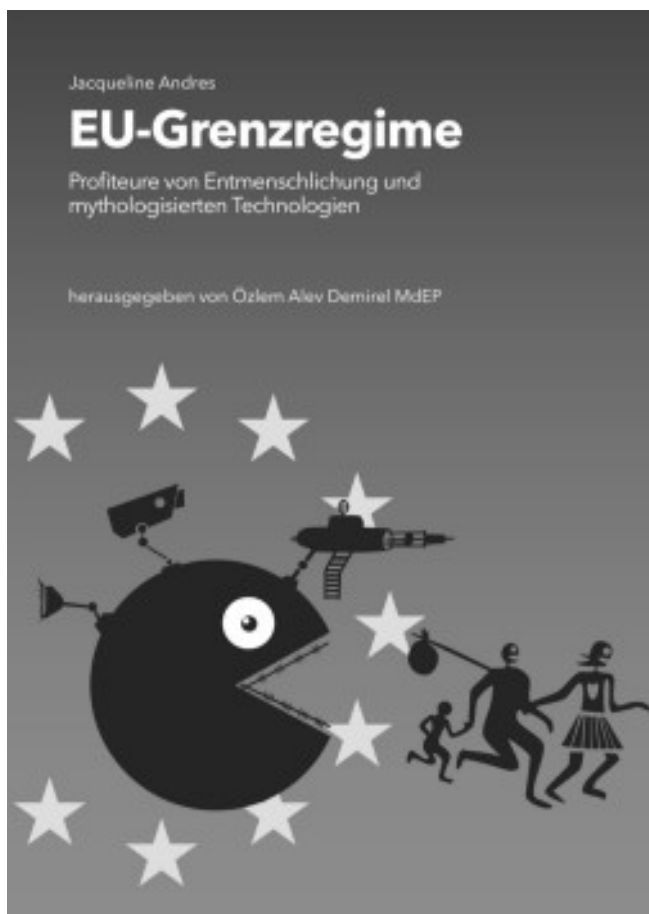
Die Bundeswehr will die Unterbringung von Soldaten und Soldatinnen im Einsatz an Rheinmetall outsourcen. Auf der Webseite des Unternehmens heißt es, damit werde Rheinmetall „strategischer Partner der Bundeswehr“. Über den Umfang des Vertrages wird nicht informiert, als Laufzeit ist in der Presse zu lesen, der „Vertrag habe eine Laufzeit von vier Jahren mit dreimaliger Option einer einjährigen Verlängerung.“ Als Begründung für das „German Armed Forces Contractor Augmentation Program (G-CAP)“ heißt es bei Rheinmetall: „G-CAP soll eine zusätzliche Möglichkeit an Einsatzinfrastruktur über die gewerbliche Wirtschaft schaffen, um die eigenen Ressourcen der Bundeswehr zu schonen, damit sie für hohe Bedrohungslagen verfügbar sind.“ (jw) - IMI-Aktuell 2021/502

Heckler & Koch Töten, ohne zu erröten

Etwa 200 Personen haben Anfang Oktober in Oberndorf (Baden-Württemberg) die Zufahrt zu dem Waffenhersteller Heckler & Koch blockiert. Aufgerufen zu den Protesten hatte das Bündnis "Rheinmetall entwaffnen". Auf Plakaten kritisierten die Aktivist:innen den Waffenhersteller unter anderem mit Slogans wie "Krieg beginnt hier" oder "H & K - töten ohne zu erröten". Inhaltlich vertieft wurde die Kritik mit einem "Tribunal" gegen den führenden deutschen Hersteller von weltweit eingesetzten Kleinwaffen, Sturm- und Maschinengewehren.



In Anschluss formierten sich die Antimilitarist:innen zu einem Demonstrationszug durch Oberndorf. Dabei kam mehrmals zu Übergriffen der Polizei, die mit einem Großaufgebot inklusive Hubschrauber, Räumpanzer und Pferden in Oberndorf aufmarschiert war. Zur polizeilichen Repression gehörte auch, dass die Polizei das Auto, in dem das Presseteam arbeitete, durchsucht und sämtliche elektronische Geräte beschlagnahmt habe.



Die Broschüre „EU-Grenzregime: Profiteure der Entmenschlichung und mythologisierten Technologien“ von Jacqueline Andres in Kooperation der Informationsstelle Militarisierung (IMI) mit der Europaabgeordneten Özlem Demirel kann gratis im Internet hier heruntergeladen werden: <https://www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/1003.8/0/b8f17c.pdf>

Zwangsarbeit

Der Vortrag „Zwangsarbeit im Faschismus bei der Firma Rheinmetall-Borsig und der Rüstungsstandort Unterlüß“, gehalten im Juli im Bunten Haus, ist jetzt zu finden unter: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/files/2021/08/Zwangsarbeit-bei-Rheinmetall-Borsig.pdf>

Rheinmetall: Allzeithoch

Der Rüstungssparte von Rheinmetall geht es blendend. Nun meldete dpa sogar ein Allzeithoch für die erste Jahreshälfte: „Das operative Ergebnis habe sich auf 191 Millionen Euro nahezu verdoppelt, teilte das Unternehmen mit. Das sei das beste Ergebnis, das Rheinmetall jemals in der ersten Jahreshälfte erzielt habe. Der Umsatz stieg im gleichen Zeitraum um 9 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro.“ (jw) - IMI-Aktuell 2021/426

List liest ...

am Sonntag, 21.11., 16 Uhr, im Bunten Haus aus: „**Ideen um das Ende der Welt zu vertagen**“ von Ailton Krenak

Das Virus der Rebellion hat die Frauengruppe von List erreicht. Conny liest deshalb aus dem gerade erschienenen Band Krenaks - ca. 30 Minuten und anschließend kann diskutiert werden.

Hintergrund: Die Menschheit steht vor der globalen Katastrophe. Der brasilianische indigene Umweltaktivist Krenak sieht den Grund dafür in unserer bisherigen Definition vom Menschen als Krone der Schöpfung, was ihn dazu berechtigt, die Natur nach Belieben auszubeuten. Sein eindringlicher Appell: Um unseren kollektiven Marsch in den Abgrund zu stoppen, müssen wir uns neu orientieren, veraltete Denkmuster loslassen. Insbesondere die Denkmuster des „über allem stehenden“ weißen Mannes, da dieser einzig die westliche kapitalistische Lebensweise für denkbar hält.

Ailton Krenak - Ideen, um das Ende der Welt zu vertagen. München (btb) 2021, 142 Seiten, 10 Euro

Oskar Ansell liest aus „Gedichte“

Die Ernst-Schulze-Gesellschaft hat Oskar Ansell eingeladen, Gedichte aus seinem neu erschienenen Buch zu lesen. Ein Teil der Gedichte ist jetzt erstmals veröffentlicht worden, unter der Überschrift „in die laufende trommel“. Der Band enthält aber auch die Gedichte aus den seit langem vergriffenen Bänden „Disparates“ und „Entsicherte Zeit“.

Stattdessen wird die Lesung am Freitag, den 19. November, 19 Uhr, im Direktorenhaus, Magnusstraße 5, Eintritt frei.

Der textile Nachlass von Arno und Alice Schmidt



Mehr als 1.000 Objekte aus sechs Jahrzehnten vereint der textile Nachlass von Alice und Arno Schmidt. Es ist ein außergewöhnliches Konvolut von besonderem kulturhistorischen Wert, das Kleidungsstücke aller Art umfasst, von der Leibwäsche bis zum Wintermantel. Dabei handelt es sich entsprechend den Lebensumständen der Schmidts nicht um kostbare oder ausgefallene Einzelstücke, sondern um Alltagskleidung, die wertgeschätzt wurde – und werden musste. Sorgfältig geflickte, umgearbeitete oder zweitverwertete Kleidungsstücke zeugen von der Bedeutung jedes einzelnen Gegenstands für die mittellosen Flüchtlinge. Später lebt das Paar bescheiden, aber ohne wirtschaftliche Not auf dem Land und bestellt Kleidung im Versandhandel.

Einige Stücke erzählen besondere Geschichten über den Autor und seine Frau, andere sind sogar in die Literatur eingegangen. So zeigt die Ausstellung Stationen einer denkwürdigen Biografie und 60 Jahre textile Alltagsgeschichte.

Die Ausstellung wird eröffnet am Samstag, den 4. Dezember, 18 Uhr, Rittersaal



Im Wald und auf der Heide # 35

Abgesang

Das Entsetzen über den Abriss des historischen Wüninghofs ist groß: Nach nunmehr 640 Jahren, seit 1379 in Betrieb, ist der älteste Gasthof der Lüneburger Heide in Ostenholz endgültig platt gemacht.

Erst Privileg einer kleinen städtischen Elite, wird die Heide ab 1900 für den Fremdenverkehr massentauglich gemacht: Touristische Infrastruktur wie Kleinbahnverbindungen und Gasthäuser entstehen und machen diese Landschaft den Einwohner*innen der umliegenden Großstädte Bremen, Hamburg und Hannover, die die Heide immer mehr als Reiseziel für sich entdecken, zugänglich.

In seinen Natur- und Tiererzählungen stilisiert Hermann Löns die Heide zu einem Kraft spendenden Rückzugsort, er trifft damit einen Nerv der Zeit und dies hat u.a. zur Folge, daß in den 1920er und 1930er es an manchen Tagen schwierig ist, im Wüninghof einen Platz zu bekommen. Löns selbst bezeichnet den Hof als sein Lieblingsgasthaus, hier beschließt und unterschreibt er auch seine Einberufung zum Militär.

1925 entsteht ein großer Festsaal mit Bühne und Empore, der von den Dorfbewohner*innen bis in die 1980er Jahre als Tanzsaal, für Feierlichkeiten wie Hochzeiten, Schützenfeste und Beerdigungen genutzt wurde.

Nach Zerstörung zahlreicher Ortschaften auf dem Truppenübungsplatz durch die Nationalsozialisten, später dann durch die Bundeswehr, geht bis heute die Vernichtung der alten Bausubstanz in der Hohen Heidmark weiter. Mit dem



Wüninghof ist eins der letzten historischen Gebäude, das mit seiner Geschichte und der ortsprägenden Lage an der Ostenholzer Kirche ein kulturgeschichtliches Denkmal darstellte, für ewig verloren.

Für die Bauern, 1938 enteignet und von den Nazis aus ihren Dörfern vertrieben, errichteten diese einen Gedenkstein, auf dem zu lesen ist: „Dem Andenken der opferwilligen Heidjer aus den ehemaligen (25 Anm. d. Verf.) Ortschaften“.

Ob das John Lennon wohl wusste, als er 1966 einige Szenen hier in Ostenholz für seinen Antikriegsfilm „Wie ich den Krieg gewann“ drehte?

Dass es bis hierhin kommen konnte, verdanken wir u.a. der Politik im Heidekreis, namentlich Lars Klingbeil, der trotz einiger Zusagen, den Hof zu erhalten und zu sanieren, die Millionen dafür dann doch lieber dem Panzermuseum in Munster zukommen ließ. Und natürlich dem BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben)-Chef Krupp, einem der engsten Vertrauten von Olaf Scholz, der diese Abrissaktionen in die Wege geleitet hat.

So hat nun das Ringen um den Erhalt dieses wundervollen Ortes mit all seinen Geschichten nach 20 Jahren ein trauriges Ende gefunden.

Blick nach Links # 21

Wer sich einen Überblick darüber verschaffen möchte, wie das Ringen um den Erhalt des Wüninghofs in den letzten Jahren vorstatten ging, bzw. welche Pläne und Ideen für eine Konversion von Europas größtem Truppenübungsplatz von der BI „Biosphärengebiet Hohe Heidmark e.V.“ erarbeitet wurden, kann die aufregende Geschichte auf dieser Seite nachlesen:

<http://www.hohe-heidmark.de/>

Und die ist noch nicht zu Ende.



Ende einer imperialistischen Intervention

Der zwanzigjährige Krieg in Afghanistan hat eine ganze Region mit Millionen Menschen ins Unheil gestürzt und weltweit die Militarisierung der Konflikte und die Dynamik der Gewalt beschleunigt. Der Abzug der westlichen Militärs aus dem Land stellt eine schwere Niederlage für die USA, die Nato, die deutsche Regierung und die Bundeswehr dar. Vergleiche mit Vietnam 1975 drängen sich auf. Sie sind teilweise richtig, teilweise falsch. Auch in Vietnam erlitt der Westen eine schwere Niederlage. Es siegten jedoch fortschrittliche Kräfte. Im Fall Afghanistan ist die westliche Niederlage verbunden mit dem Sieg einer extrem frauenfeindlichen, reaktionären, gewalttätigen Gruppe.

Für uns ergeben sich drei Lehren aus *der zwanzigjährigen Afghanistan-Intervention*.

Lehre 1: Das fatale Modell des Afghanistan-Einsatzes wird es auch in der Zukunft geben. Der westliche Krieg am Hindukusch folgte einem klassischen Muster imperialistischer Politik: Man nimmt einen kriminellen Anlass (9/11), besetzt die identifizierte, geopolitisch wichtige Region militärisch, installiert dort eine korrupte Mario-

nettenregierung (Karzai-Ghani) und verfolgt so seine machtpolitischen und Rohstoff-Interessen. Das war vergleichbar in Vietnam Anfang der 1960er Jahre. Das war so im Irak 1990 und 2003. Bei all dem aktuellen Wehklagen über die „Katastrophe in Afghanistan“ hat der Westen dieser Politik mit keinem Wort abgeschworen. Im Gegenteil. In Mali proben Frankreich und Deutschland ein weiteres Modell imperialistischer Intervention. In Mozambique organisiert und finanziert die EU derzeit nach vergleichbarem Muster eine 1500 Mann starke „Schnelle Eingreiftruppe“.

Lehre 2: Noch im Rückzug aus Kabul orientiert die US-Regierung auf den großen Krieg. US-Präsident Joe Biden begründete den Truppenabzug aus Afghanistan laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.8.) wie folgt: Die USA müssten sich jetzt auf „die heutigen entscheidenden Bedrohungen konzentrieren“. Die „wahren Rivalen Amerikas“ seien „Russland und China“. Diese sähen es „nur zu gerne“, wenn Washington seine „Wachsamkeit und Mittel“ auf Afghanistan verschwenden würde. Klarer konnte die Orientierung auf einen großen Krieg kaum formuliert werden.

Lehre 3: Der Afghanistan-Krieg war gegen Russland und China gerichtet. Er war Teil einer Einkreisungspolitik. Beides wird nach dem Rückzug aus Kabul verstärkt fortgesetzt. Für die Pentagon-Strategen war der Einmarsch in Afghanistan ein zentraler Baustein ihrer Konfrontationspolitik gegen Russland und China. So wie sie bereits in den 1980er Jahren Saudi Arabien – die Ausgangsbasis von Osama bin Laden – und weitere reaktionäre Golfstaaten finanziert und die Vorläufer der Taliban mit modernen Waffen ausgerüstet hatten, damit diese die damalige sowjetische Armee aus Afghanistan vertreiben konnten. Der aktuelle Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan entspricht damit einer Frontbegradigung. Dabei ist nicht einmal ausgemacht, ob aus den Taliban-Kämpfern in Kabul nicht am Ende ein westlich orientiertes Regime wird. Schließlich hatte die US-Regierung vor 9/11 mit den Taliban über den Bau einer Erdgaspipeline durch das Land verhandelt.

Die Orientierung auf einen großen Krieg läuft auf hohen Touren. Die Politik der Einkreisung Russlands und Chinas wurde in den letzten Jahren beschleunigt. Siehe die Manöver Defender 2020 und die Stationierung von rotierenden Nato-Verbänden in Osteuropa. Diese Politik findet seit einiger Zeit auf hoher See ihre Ergänzung: siehe die gesteigerte Präsenz westlicher Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste. Der ehemalige US-Admiral James G. Stavridis schreibt offen und ohne Widerspruch aus Washington, dass ein Krieg gegen China vorbereitet wird und dass dabei der Auslöser „Auseinandersetzungen um Taiwan und um verschiedene Inseln im Süd- und Ostchinesischen Meer“ sein könnten.



War es nicht gerechtfertigt, sich in Afghanistan für die Verteidigung von Menschenrechten, insbesondere Frauenrechten, einzusetzen?

Dies ist eine Schutzbehauptung. Wenn es wirklich um einen Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte gegangen wäre, dann müsste die Bundeswehr in Dutzenden Ländern eingesetzt werden. Beispiel Türkei: Dort werden die Menschenrechte flächendeckend verletzt; u.a. wird die große kurdische Bevölkerungsgruppe blutig unterdrückt. Beispiel Saudi Arabien: Dort gilt die Scharia. Elementare Rechte von Frauen werden verletzt; laut Amnesty werden in dem Land „Dutzende Menschen jedes Jahr hingerichtet, viele durch grausame öffentliche Enthauptungen.“ Auf diese Doppelmoral machte in jüngerer Zeit sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung aufmerksam. Dabei gibt es einen bezeichnenden Unterschied zwischen Afghanistan einerseits und der Türkei und Saudi Arabien andererseits. Nach Afghanistan entsandte Deutschland 20 Jahre lang Soldaten und investierte Milliarden, angeblich im Kampf für Menschenrechte. In die Türkei und nach Saudi Arabien versendet Deutschland Rüstungsgüter in Milliardenhöhe – und unterstützt damit die Unterdrückung der Menschenrechte. Im Übrigen wird in Deutschland an jedem dritten Tag eine Frau von einem Mann ermordet. Wir sollten vor der eigenen Tür kehren.

So wie der Afghanistan-Krieg ein Krieg des Westens und nicht allein ein US-Krieg war, so ist heute die Militarisierung der Welt gemeinsame westliche Politik. Das allgemeine Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, ist der gemeinsame Nenner dieser Kriegsvorbereitungen. CDU/CSU, SPD, FDP und AfD unterstützen dieses Ziel. Die Grünen äußern formal Bedenken. Gleichzeitig treten sie für eine aggressive Politik gegenüber Russland und China ein.

In diesen Wochen wird mit Recht der zynische Umgang der deutschen Regierung mit den afghanischen Hilfskräften kritisiert. Gleichzeitig gibt es bei den politisch Verantwortlichen eine große Angst vor einer neuen Welle mit hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen. Es entstehen neue Grenzzäune und neue Mauern, so in der Türkei, um Flüchtlinge abzuwehren. In Wirklichkeit gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Waffenexporten und militärischen Interventionen einerseits und dem wachsenden Heer von Flüchtlingen andererseits. Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten.

Vor diesem Hintergrund ist eine Friedenspolitik vor allem von zwei Elementen bestimmt:

Notwendig sind erstens eine Politik der Abrüstung und Entspannung, des Abzugs der US-Atombomben von deutschem Boden und ein Ende von Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion, zweitens ein menschenwürdiger Umgang mit den Geflüchteten, ein Ende der Politik „Festung Europa“ mit Tausenden Ertrunkenen im Mittelmeer sowie mindestens so vielen Verdursteten an den



vorgelagerten EU-Grenzposten in der Sahara und die vollständige Akzeptanz der Geflüchteten in der Gesellschaft.

Grundlage für eine überzeugende Friedenspolitik ist eine sozial-ökologische Welt-Innenpolitik.

Im Original erschienen am 25.8.21 in der Printausgabe der „Zeitung gegen den Krieg“ Nr. 49; unsere Veränderungen sind kursiv gekennzeichnet.

Gemeinsam schließen wir uns diesem Text an:

Plenum Buntes Haus
Bands, die im Bunten Haus proben
Bündnis Rheinmetall entwaffnen - Celle
Feministische Organisation Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie – Ortsgruppe Celle
Foodsaving
Initiative Demokratischer Konföderalismus – Celle
Land in Sicht Transition - Celle
Montagskneipe Buntes Haus
Offenes Café Buntes Haus

Die Fotos sind von Adbusting Aktionen in Dresden in diesem Sommer zum „Tag der Bundeswehr“. Kritik an der Bundeswehr wurde durch selbst gedruckte Plakate in verschiedene Werbekästen gebracht. Das Design der Plakate ist an Bundeswehr-Werbung angelegt, die in den letzten Jahren häufig deutschlandweit zu sehen war. Erst auf den zweiten Blick offenbart sich, das es sich nicht um eine offizielle Werbekampagne handelt.



Die Pandemie ist ein Epochenbruch. Die Ausbreitung des Corona-Virus und die Eindämmungsmaßnahmen haben andere Krisen massiv verschärft und sich zu einer Polypanemie ausgeweitet. Dies geht auch mit massiven sozialen und psychischen Zerwürfnissen einher: Weltweit sind „Psyche[n]“ in heftige Turbulenzen geraten.

Die Online-Ringvorlesung von medico wagt einen globalen Blick auf diese „psychischen Folgen“: Es geht um Verdrängung- und Affektdynamiken, alte und neue Ängste, weltweit eskalierte Ungleichheiten, wer sich wie sicher fühlen kann. Es gilt, in den pandemischen Brüchen das Aufkommen neuer Kämpfe für lebenswahrende, solidarische und emanzipatorische Politiken zu erkunden.

Abendliche Vorlesung Montag von 18 bis 20 Uhr - Digitale Veranstaltungsreihe per zoom

Mehr unter: medico.de/turbulenzen

8.11.2021: Zerbrechlichkeit und Angst. Revolution gegen das Leben

Die Entfesselung des Neoliberalismus war auch eine Revolution gegen das Leben, die bestehende Schutz- und Solidarsysteme maximal ausgehöhlt hat. Mit der Pandemie fluten Ängste die Gesellschaften – Ängste vor dem Virus, dem Hunger, patriarchaler Gewalt, der Polizei, der Zukunft.

Referent:innen: Rita Segato (ARG), Mpumi Zondi (ZA)

15.11.2021: Einsamkeit, Abwehr, Verwirrung. Gefühlsdynamiken in der digitalen Öffentlichkeit

Die Pandemie verstärkt die dem Kapitalismus eingeschriebene Vereinzelung der Subjekte zu einer Einsamkeit. Diese lässt sich durch die Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens nur scheinbar überbrücken. Welche Affektdynamiken entstehen in von Algorithmen gesteuerten Öffentlichkeiten? Welche Ansätze eines neuen digitalen Aktivismus ermöglichen lokale wie transnationale Allianzen zwischen den Ausgeschlossenen?

Ref.: Koketso Moeti (ZA), Tobias Matzner (GER)

29.11.2021: Jedes Leben zählt? Von Trauer und Wut

Die Pandemie trifft Menschen in prekären Lebensverhältnisse viel stärker als jene, deren Existenz auf umfassende Weise abgesichert ist. Mit der eklatanten Ungleichheit wird die Hierarchisierung von Leben sowie ihrer „Betrauerbarkeit“ sichtbarer. Doch die erlebten Verluste und Ungerechtigkeiten bleiben psychosozial nicht folgenlos. Global formieren sich Widerstand und Protest.

Referent:innen: Djamila Ribeiro (BRA), N.N.

13.12.2021: Wider Patriarchat und Ohnmacht: Für das (Über-)Leben

Die „Schattenpandemie“ patriarchaler Gewalt betrifft Frauen* und Queers über alle Klassen und Grenzen hinweg. Ihr sichtbarster Ausdruck sind Fem[ni]zide. Gegen die Gefahr des Getötet-Werdens und die Ohnmacht solidarisieren sich FLINTA über Kontinente hinweg. Angesichts dessen, was Rita Segato als „Femigenozid“ bezeichnet, der die Ausbeutung und Tötung von feminisierter Körper und Natur gleichermaßen bezeichnet, sind Selbstverteidigungs- und Angriffspraxen bitter notwendig.

Referent:innen: Verónica Gago (ARG), Elsa Dorlin (FRA)

17.01.2022: Fürsorge wider die Ausbeutung

Patriarchale und vergeschlechtlichte Strukturen von Lebens- und Arbeitsverhältnisse verschärfen sich in der Pandemie noch einmal, über Jahrzehnte erkämpfte Fortschritte werden kurzerhand zurückgedreht. Subjektivierungen als „systemrelevant“ treffen auf Ausbeutung und Verschärfung patriarchaler Gewalt.

Ref.: Clemencia Correa (MEX), Cinzia Arruzza (USA)

31.01.2022: Sehnsucht nach der Revolution für das Leben

Aus den Räumen der Fürsorge und des Widerstands entsteht die Sehnsucht nach einer neuen Welt. Das Streben nach Bindungen und Solidarität gleicht einer Revolution für das Leben, die über Kontinente hinweg Gegenentwürfe erkämpft und lebt.

Referent:innen: Eva von Redecker (GER), N.N.



Makatambe World Groove

Freitag, 12. November, Einlass: 20 Uhr, Showtime: 21 Uhr, Buntes Haus, Eintritt frei

Makatambe packen internationale Volks-, Tanz- und Popmusik in den Mixer und drücken den Dance Button. World Groove meets Future Pop. Was dabei raus kommt habt ihr vorher noch nicht gehört. Versprochen! Deswegen ist auch die Besetzung von Makatambe in ihrem Klang und ihrer lebhaften Bühnenpräsenz ebenso breitgefächert wie ihre Musik: Vokalakrobatik und Klarinette breiten sich mit Beatbox, Raggamuffin, Stimmimitation und Obertongesang auf einer melodischen Akkordeon-Klangwelle aus, die auf einem massiven Groovegerüst aus Bass und Schlagzeug rollt. Synthie und Gitarre dicken zudem den Sound an. Die Melodien fliegen, der Bass drückt und die Musik, das Publikum, die Band, einfach alles wird eins. Das ist Makatambe. (Sagt jedenfalls die Bandinfo; und: wir können das bestätigen, haben wir sie doch vor fünf Jahren schon mal im Bunten Haus gesehen und gehört.)

Videos und ein ganzes Album könnt ihr euch vorab anhören unter: <https://www.makatambe.com/>

Alarmsignal Ästhetik des Widerstands

Am 14. Januar 2022 erscheint das neue Alarmsignal-Album „Ästhetik des Widerstands“ auf Aggressive Punk Produktionen. Wir können es kaum erwarten. Wer den Landkreis für Konzerte verlässt, kann sie schon sehen mit den neuen Stücken am Freitag, den 10.12., im „Uebel & Gefährlich“ in Hamburg und/oder am Samstag, den 11.12., in der 60er Jahre Halle im Faust in Hannover.

Und bei uns gibt's dann in der Februar-Ausgabe ein ausführliches Interview. Das Bild rechts ist vom Konzert fürs Bunte Haus im August.



Trio Motion

Samstag, 6. November 2021, Einlass: 20 Uhr, Showtime: 20.30 Uhr, Buntes Haus, Eintritt frei

Bewegung ist Zeit und Zeit ist Bewegung. Immer auf der Suche danach, sich zu verlieren, versucht das Trio Motion, die Zeit zu überlisten und sich in einen schwerelosen Raum zu spielen, in dem sie weder sind noch nicht sind.

Einmal aufgebrochen gibt es kein zurück mehr, kennt man den Ort einmal, treibt einen die Sehnsucht immer wieder dorthin zurück. Auf ihrer kollektiven Reise vertraut sich das Trio dem Risiko an und lässt sich von ihm durch Berge und Täler führen. Ausgang immer ungewiss liegt stets der Prozess im Mittelpunkt.

Trio Motion sind: Jens Rathfelder – E-Gitarre/Effekte, Michael Haupt – Kontrabass, Jannik Stock - Schlagzeug





Kino 8 1/2 im Nov./Dez.

Jeweils Fr./Sa., 20.30 & Mi./Do., 19.30

Fr., 05. & Sa., 6. und Mi., 10. November

Curveball Wir machen die Wahrheit

Anfang 2000 wendet sich ein Asylbewerber an den Bundesnachrichtendienst und behauptet, im Irak an der Herstellung von Anthrax beteiligt gewesen zu sein. Aus einer Mischung aus Minderwertigkeitsgefühlen, Paranoia und blindem Stolz macht die unglaubliche Behauptung die Runde und dient der USA schließlich als Grund für ihren Kriegszug 2003 gegen den Irak. In scharfen Dialogen, mit trockenen Slapstick-Anflügen und einem melancholisch grundierten schwarzen Humor verwandelt der Film die **reale Geschichte** in ein modernes Trauerspiel, in dem Geltungsdrang und gekränkte Eitelkeiten die große Weltpolitik bewegen.

Regie: Johannes Naber | Deutschland 2020 | 109 Minuten

Do., 11. November

Titane

Der diesjährige Cannes-Gewinner sprengt so ziemlich alle Kategorien. Ist es ein Genrefilm? Ist es abgehobenes Kunstkino? Geht es mehr um Serienmord, um Maschinenliebe oder einen verlorenen und wiedergefundenen Sohn? In jedem Fall ist der Film eine Erfahrung.

Regie: Julia Ducournau, Frankreich 2021, 106 Minuten

Fr., 12. & Sa., 13., und Mi., 17. November

Schachnovelle

Nach dem „Anschluss“ Österreichs gerät ein jüdischer Anwalt in die Fänge der Gestapo, die Zugang zu den Konten des österreichischen Adels will. Als der Jurist sich weigert, wird er in einem Luxushotel über Monate in Isolationshaft gesteckt, wo ihm nur die Schachpartien aus einem Lehrbuch Abwechslung verschaffen. Die Neuverfilmung der berühmten Novelle von Stefan Zweig erweitert die Vorlage ins Fantastisch-Psychotische, wobei sie die Vorlage zugleich ins Bildungsbürgerliche verschiebt.

Regie: Philipp Stölzl | Deutschland 2020 | 107 Minuten

Fr., 19. & Sa., 20., und Mi. 23. November

Nö

Ein Paar in den Dreißigern steht vor entscheidenden Fragestellungen: Zusammenbleiben, Kinder, Ehe. In 15 unterschiedlich langen, in sich geschlossenen und ungeschnittenen Episoden werden Momente in der Partnerschaft vergegenwärtigt. Die romantische Tragikomödie begleitet die

beiden beim Elternwerden, aber auch in anderen Konstellationen als Kind, Schwester oder Bruder oder beim Wiedereinstieg in den Job. Formal wie inhaltlich ein äußerst reizvoller Kommentar zum Erwachsenwerden mit scharfzüngigen Dialogen.

Regie: Dietrich Brüggemann | D 2021 | 120 Minuten

Do., 24. November

Oeconomia

Um Aufbau und Regeln des Finanzsystems greifbar zu machen, wendet sich die Dokumentarfilmerin Carmen Losmann an Banker, Volkswirte und andere ökonomische Experten. Indem sie scheinbar naiv vorgeht, macht sie nicht nur erkennbar, dass hinter dem angeblich komplizierten System des Marktes im Grunde einfache Prozesse und Annahmen stecken, sie entlockt ihren Gesprächspartnern auch vielsagende Gesten der Überheblichkeit. Auf diese Weise holt sie ein selbsternanntes Elitenwissen auf den Boden der Tatsachen zurück, unter denen der Wettlauf zwischen dem Ökosystem Erde und dem Kapitalismus als aktuellste Frage mit offenem Ausgang erscheint.

Regie: Carmen Losmann | Deutschland 2020 | 89 Minuten

Fr., 26. & Sa., 27. und Mi., 01. Dezember

Toubab

Ein eben aus dem Knast entlassener Schwarzafrikaner aus Frankfurt gerät erneut mit der Polizei aneinander und sieht nur noch in einer Scheinehe einen Ausweg, um der Abschiebung zu entgehen. Als sich auf die Schnelle aber keine passende Frau findet, heiratet er kurzerhand einen weißen Freund und muss fortan eine schwule Ehe vortäuschen. Der tragikomische Film kombiniert Rassismus, soziale Ungleichheit und Homophobie zu einer recht unterhaltsamen Sozialstudie, die sich dank zweier außergewöhnlicher Hauptdarsteller und vielen fast dokumentarischen Details zur Ode an eine Männerfreundschaft wandelt.

Regie: Florian Dietrich | D/Senegal 2020 | 97 Minuten

Fr., 3. & Sa., 04. und Mi., 8. Dezember

Online für Anfänger

Drei Nachbarn aus einer Wohnsiedlung haben sich in den Fallstricken der digitalen Welt verfangen und geraten immer tiefer in finanzielle und psychische Abhängigkeiten. Um ihre ärgsten Probleme aus der Welt zu schaffen, beschließen sie, ihre Daten bei den großen Internetkonzernen zu löschen, stoßen bei der Umsetzung ihres Plans jedoch auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Regie: Benoît Delépine | FR/Belgien 2019 | 106 Minuten

10./11./15. Dezember: The Power Of The Dog
16. Dezember: Das Mädchen und die Spinne
17./18./22. Dezember: The French Dispatch

Mehr unter

www.kino-achteinhalf.de

Politik, Vorträge & Theater

Mi., 03. November, 19.00

Mobilität der Zukunft

Annegret Pfützner

Der ökologische Fußabdruck unserer Verkehrssysteme ist mit nachhaltiger Entwicklung nicht vereinbar. Wie können eine klimafreundliche Mobilität und Verkehrspolitik realisiert werden?

Familienbildungsstätte, Eintritt frei

Fr., 5. November, 13.00

Klimademonstration

Anmelder:in: Klimaplattform Celle

Beginn: Stechbahn

Fr., 5. November, 18.00

Treffen der Kulturgruppe

der Stadtteilinitiative Neuenhäusen

Triftpark oder - je nach Wetter - in der VHS. Instrumente sind erwünscht.

Di., 09. November, 16.00

Stolpersteine im Heesegebiet und Wietzenbruch – ein kleiner Rundgang mit der VVN/BdA

Beginn: Birkenstr. 19.

Di., 09. November, 17.00

Gedenken an die Pogromnacht

Gottesdienst mit Superintendentin Dr. Andrea Burgk-Lempart und Pastor Dirk Wagner, im Anschluss verlesen Schüler:innen auf dem Weg zur Synagoge an einigen Stolpersteinen die Biografien der Opfer.

Stadtkirche St. Marien Celle

Do., 18. November, 19.00

Stammtisch – Die Linke

im „Celle was geht?“

So., 21. November, 16.00

LIST liest

Ailton Krenak - Ideen, um das Ende der Welt zu vertagen (s. Seite 24)

Buntes Haus

So., 21. November, 16.00

Die Linke - Politik-Talk

Büro, Neustadt 52

Do., 25. November, 15.00

Mord im Krankenhaus

Andreas Babel

Synagoge im Kreise

Do., 25. November, ????

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen - Demo/Kundgebung am späten Nachmittag/frühen Abend

Mehr Infos dann auf

www.bunteshaus.de

Do., 29. November, 19.30

Livestream - vhs.wissen live: Femizide - Warum Männer Frauen töten und was wir dagegen tun müssen

Margherita Bettoni zeigt in dem Vortrag, dass die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts auch bei uns ein ernsthaftes gesamtgesellschaftliches Problem ist. Als Familientragödien verharmlost, bleiben viele Frauenmorde verborgen und verdecken die patriarchalen Macht- und Gewaltmuster, die sich tief durch unsere Gesellschaft ziehen.

Margherita Bettoni ist Investigativjournalistin mit den Schwerpunkten Organisierte Kriminalität und sexualisierte Gewalte. Anmeldung über vhs – Kursgebühr: 0,00

So., 28. November, 15.00

revista Kneipenquiz

mehr siehe auf S. 22

Do., 02. Dezember, 18.00

Seebrücke-Ortsgruppe in Celle

Wer Interesse daran hat, kommt ins

Bunte Haus

Do., 02. Dezember, 19.30

Livestream - vhs.wissen live: Klimawandel und Klimapolitik

Nur ein von der gesamten Staatenge-

meinschaft getragenes globales Abkommen kann die Erderwärmung aufhalten. Vor allem die politischen Entscheidungsträger müssen erkennen, dass Instrumente wie eine CO2-Bepreisung oder ein Emissionshandel wirksame, gerechte Maßnahmen darstellen, von denen – wenn diese mit Sachverstand implementiert werden – alle Staaten profitieren können. Ist der EU Green Deal ein Schritt in die richtige Richtung?

Prof. Ottmar Edenhofer ist Direktor sowie Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Anmeldung vhs – Kursgebühr: 0,00

So., 12. Dezember, 16.00

Literatur - Links

Bereits seit 2010 veranstaltet der Rosa-Luxemburg-Club an einem der Adventssonntage unter dem Titel »Literatur-Links« eine Vorstellung der „besten“ Bücher des ablaufenden Jahres. Wer mag, kann ein oder zwei Bücher, die im letzten Jahr am besten gefallen haben, kurz vorstellen. Mit kurz sind etwa fünf Minuten gemeint; thematisch gern ein Buch aus dem Bereich Belletristik und eins aus dem Bereich Sachbuch. Dazu gibt's Gebäck und Knabberkram, Kaffee und Tee.

Buntes Haus

Do., 16. Dezember, 19.00

Stammtisch – Die Linke

im „Celle was geht?“

Sa., 18. Dezember

"Laternen laufen gegen Rechts" Eschede: Demo vorm NPD-Zentrum gegen braune Sonnwendfeier

näheres entnimmt der Seite

<https://www.netzwerk-suedheide-gegen-rechtsextremismus.de/>

So., 19. Dezember, 16.00

Die Linke - Politik-Talk

Büro, Neustadt 52

Konzerte & Kultur

Do., 04. November, 20.00

Roger & the Evolution

CD Kaserne, ab 25,00

Do., 04. November, 20.00

Blue Terrace

Stadthaus Bergen, 22,00

Fr., 05. November, 20.30

Trio Motion

Buntes Haus, Eintritt frei

Fr., 05. November, 20.00

IndieHeroes

„Celle was geht?“, (2G) Eintritt frei

Fr., 05. November, 19.00

Prava Mundi

Mühlengrund Wienhausen, 15,00

Fr., 05. November, 20.00

Elisabeth Cutler Duo

Kunst und Bühne, 19,00

Sa., 06. November, 20.00

Andy Lee

Kunst und Bühne, 19,00

Fr., 12. November, 21.00

Makatambe

Buntes Haus, Eintritt frei

Fr., 12. November, 20.00

Clare Sands

Bröckel, Antikhof Drei Eichen – Hut,
Anmeldung unter 05144-56 01 77

Sa., 13. November, 20.00

Afrikanischer Abend mit Christian Bakotessa und Papy Lunguangu

Kunst und Bühne, 19,00

Sa., 13. November, 20.30

Greyhound Buzz

Mühlengrund Wienhausen, 14,00

Sa., 13. November, 20.00

Swingorchester Hannover

CD-Kaserne, ab 17,50

Mi., 17. November, 20.00

Stoppok solo

CD-Kaserne, ab 28,50

Fr., 19. November, 19.00

Oskar Ansell liest aus seinem neu erschienenen Buch "Gedichte"

Direktorenwohnhaus, Magnusstraße,
Eintritt frei

So., 21. November, 11.00

Blues Serenaders und Svénja Diocles

Trift 26, Kreistagssaal, 15,00

Sa., 27. November, 20.00

Jean Lelá & Martin Halbe

Kunst und Bühne, 19,00

Fr., 26. November, 20.00

Terry Mono`s Swinger Club

Mühlengrund Wienhausen, Hut

So., 28. November, 17.00

Christian von der Osten-Quartett

Laurentius-Kirche Nienhagen, 15,00

Sa., 04. Dezember, 20.00

Barbara Dennerlein Trio

Congress Union, ab 25,00

Sa., 04. Dezember, 20.00

Alix Dudel

Kunst und Bühne, 19,00

Sa., 04. Dezember, 20.00

Truck Stop

CD-Kaserne, ab 45,00

So., 05. Dezember, 18.00

BASTA

CD-Kaserne, ab 29,60

Fr., 10. Dezember, 19.00

Oldtime Jazz Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Do., 30. Dezember, 20.00

Torfrock

CD-Kaserne, ab 34,00

Teatime – Texte und Törtchen

"Hilfe, die Herdmanns kommen" mit Anke Engelsmann

Sonntag, 19. Dezember 2021, 16 Uhr

"Hilfe, die Herdmanns kommen" ist eine ungewöhnliche Weihnachtsgeschichte, die amüsiert und zu Tränen rührt. Die Herdmann-Kinder – da ist sich der ganze Stadtteil einig – sind die schlimmsten Kinder aller Zeiten: Sie lügen, rauchen Zigarren, legen Feuer, verprügeln sich und andere Kinder und bringen die Nachbarn zur Verzweiflung. Und ausgerechnet diese Horde, die schlimmste Heimsuchung seit Menschengedenken – mischt die Vorweihnachts-Verschnarchtheit einer Kleinstadt auf: Sie beschließen, am Krippenspiel teilzunehmen. Sie pressen den andern Kindern sämtliche Hauptrollen ab und die Schlimmste von allen – Eugenia – übernimmt die Rolle der Maria. Natürlich erwartet jeder das übelste Krippenspiel aller Zeiten, aber letztlich kommt alles ganz anders ...

Anke Engelsmann, Gründungsmitglied der Bremer Shakespeare Company und des TAB (Theater aus Bremen), wurde 2002 von Claus Peymann ans Berliner Ensemble (BE) geholt und war dort die letzten Jahre das Ensemblemitglied mit den meisten Vorstellungen – so dass Peymann ab 2007 nicht mehr bereit war, Anke für Celle freizustellen. 2017 ging sie in Rente, spielt aber weiter gelegentlich fürs BE und oder an Dieter Hallervordens Schlosspark Theater.

Ort: Kunst & Bühne - Eintritt: 15,- Euro / Schüler: 10,- Euro / Bezieher von SGB II und SGB XI: 5,- Euro

Jeder Gast erhält zur Begrüßung ein Glas Apfel-Amaretto-Tee (ein grüner Rooibos Tee). Dazu gibt es Butterkuchen für 1 Euro das Stück.

Karten können per Mail an

kontakt@kino-achteinhalb.de reserviert werden und dann an der "Abendkasse" zwischen 15.00 und 15.45 Uhr abgeholt werden. Reservierungen verfallen nach 15.45 Uhr.